

KoFwA 116

Zeitschrift für
Feminismus
und Arbeit
Oktober/November 2005
23 Jg.
ISSN 0949-0000

Alternativen zur Globalisierung

- Die Rolle von (Land) Frauen im nachhaltigen regionalen Wirtschaften (Andrea Baier)
 - Kriegsbeute: Aktion von medica mondiale
- “Ehre ist für die Freiheit meiner Schwester zu kämpfen“
 - Hände weg vom § 173 StGB
- Femme Globale: Geschlechterperspektiven im 21. Jahrhundert (Barbara Unmüßig)
- England: Aus für brutale Sexfotos im Netz
 - Kampf gegen Handy-Pornos in Malaysia
 - Interdisziplinäre Stalkingkonferenz
- Steuerung des Geschlechterverhältnisses durch politische Institutionen

Inhalt:**Schwerpunkt: Alternativen zur Globalisierung** **3**

Die Rolle von (Land) Frauen im nachhaltigen regionalen Wirtschaften und Selbstversorgung in den Städten (Andrea Baier)

Resolutionen/Aktionen/Netzwerke **13**

Kriegsbeute Medica mondiale startet Aktion gegen Vergewaltigung von Mädchen und Frauen im Krieg

Appell der 33: EMMA gegen Ablehnung von Merkel durch Schröder als Frau

Gegen die sexualpolitische Gegenklärung in NRW

Hände weg von §173 StGB! Protest von Malina e.V. und Lobby für Menschenrechte

Postkartenaktion: „Ehre ist für die Freiheit meiner Schwester zu kämpfen“

Europäische Politik zur Gleichstellung von Frauen und Männern ist in Gefahr

Wirtschaftsweiber. Netzwerk lesbischer Frauen in der Wirtschaft

Themen **19**

Femme Globale: Geschlechterperspektiven im 21. Jahrhundert
(Barbara Unmüßig)

Nachrichten **22**

Großbritannien: Aus für brutale Sexfotos im Netz, Malaysia: Kampf gegen Handypornos, Länderkammer möchte Zwangsheiraten stärker bekämpfen, Perspektiven für Frauen am Arbeitsmarkt verbessern sich nur langsam, Frauen im Bildungssystem zunehmend erfolgreicher

Termine **26**

Sexuelle Orientierung: ein Thema „que(e)r durch die Jugendhilfe“, in Berlin

Gemeinsam auf verschiedenen Wegen? Generationenverhältnisse unter Mädchenarbeiterinnen, in Berlin

Interdisziplinäre Stalking-Konferenz in Frankfurt

Mädchenzukunftstage, in Wernigerode

Mädchen in der Moderne: Ungleiche Gleichheit, in Hannover

Literatur **27**

Töchter und Söhne lesbischer und schwuler Eltern (Ulli Streib-Brzic/Stephanie Gerlach)

Steuerung des Geschlechterverhältnisses durch politische Institutionen. Die Mädchenpolitik in der Berufsberatung (Helga Ostendorf)

Selbstbestimmung für Mädchen. Theorie und Praxis feministischer Mädchenarbeit (Ulle Graff)

Impressum:

Herausgeberin: Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation e.V., Baaderstr. 30, 80469 München, Tel: 089/20 10 450, www.kofra.de, kofra-muenchen@t-online.de

Jahresabonnement: 6 Ausgaben in ca. 2-monatiger Folge zum Preis von € 18.60 plus Porto, Einzelheft: € 3.20,

Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, Konto: 7805500, BLZ 70020500

Alternativen zur Globalisierung

Die Rolle von (Land) Frauen im nachhaltigen regionalen Wirtschaften und Selbstversorgung in den Städten

von **Andrea Baier**¹

In folgendem Beitrag wird es einerseits darum gehen, die Arbeit, die Landfrauen im Rahmen der Versorgungswirtschaft und der sozialen Beziehungspflege leisten, ausdrücklich zu würdigen. Andererseits möchte ich diskutieren, was deren Praxis in Haus, Hof, Garten und Dorf für unsere städtischen (Frauen-)Zusammenhänge bedeuten kann, wo wir meist nicht mehr über Gärten und/oder gewachsene soziale Strukturen verfügen. Was könnte es bedeuten, den »weiblichen«, d.h. versorgungswirtschaftlich orientierten Umgang mit Arbeit zu verallgemeinern? Wie könnte das gehen, andere als die »männlichen« Arbeitsvorstellungen zu entwickeln?

Von 1999-2002 haben meine Kolleginnen und ich in den Dörfern der Warburger Börde (in Ostwestfalen) gelebt und geforscht, um Ansätze nachhaltigen Wirtschaftens in der ländlichen Gesellschaft zu entdecken, zu analysieren, zu beschreiben. Dabei haben wir schnell festgestellt, welche zentrale Rolle Frauen in diesem Zusammenhang spielen

Zu einer nachhaltigeren Wirtschaftsweise gehört die Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe, das ist im Prinzip Konsens, Unklarheit herrscht darüber, wie der Weg dahin ist, wie das geht, regionale

Kreisläufe zu etablieren. U.E. wird das nicht mit raffinierten Marketingstrategien erreicht. Wir denken, dass es auf die gesellschaftlichen Bedingungen vor Ort ankommt: Ob die Leute sich mit ihrer Region identifizieren, wie es um die Infrastruktur bestellt ist, wie es mit der sozialen Kohäsion aussieht etc. Mit anderen Worten: Wir wollten mit unserem Forschungsprojekt nach den gesellschaftlichen Voraussetzungen für nachhaltiges Wirtschaften fragen, sprich wir wollten klären: Wollen die Leute eigentlich miteinander wirtschaften? Wann wollen sie es? Warum wollen sie es? Oder warum wollen sie es auch nicht?

Bis in die 1970er Jahren hat in Borgentreich eine lokale Ökonomie Bestand gehabt. Lokale Ökonomie heißt, es kamen wenig Waren von draußen, es wurde im Wesentlichen mit Blick auf die Versorgung des Dorfes produziert. Im Grunde war es eine »moral economy«, d. h. die Leute fühlten sich in ihrem Wirtschaften aufeinander angewiesen waren und verhielten sich entsprechend solidarisch. Es wurde viel getauscht, Geld spielte eine eher untergeordnete Rolle (vgl. Müller 1998). Wir wollten herausfinden, inwieweit diese ja noch nicht allzu ferne Vergangenheit nachwirkt und Anknüpfungspunkte für die Re-Regionalisierung des Wirtschaftens bietet.

Wir denken, mit der Förderung der **Regionalisierung** sollte dort angefangen werden, wo es erfolgversprechend ist, sprich die Bereiche, die nach wie vor regional angebunden sind, verteidigen und ausweiten. Es macht keinen Sinn, Regionalisierung zu predigen, wo Globalisierung bereits sehr weit fortgeschritten ist. In unserem Fall hieß das konkret, z. B. nicht die großen Schweinemastställe dahingehend zu beleuchten, wie sie das regionale Wirtschaften unterminieren, sondern darauf zu verweisen, dass neben der Produktion für die überregionalen Märkte regionale Versorgung stattfindet, die, aus ihrem Schattendasein befreit, womöglich attraktive Alternativen zum weiteren Ausbau der intensiven Landwirtschaft bereithält.

¹ **Andrea Baier** ist Gründungsmitglied des Instituts für Theorie und Praxis der Subsistenz in Bielefeld, derzeit wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Forschungsgesellschaft anstiftung in München. Veröffentlichung: *Ohne Menschen keine Wirtschaft* (mit Veronika Bennholdt-Thomsen und Brigitte Holzer)

Trotz bzw. neben der industrialisierten Landwirtschaft und trotz der Verdrängung des kleinen Einzelhandels durch Supermärkte und Warenhäuser und trotz der erheblichen Reduzierung des lokalen Handwerks gibt es in der Warburger Börde nach wie vor viele Bereiche, in denen lokal gewirtschaftet wird. Die lokalen und regionalen Versorgungskreisläufe informeller und formeller Art verknüpfen sich dabei vor allem mit der Landwirtschaft, mit dem Essen (Fleischwaren, Kuchen, Gartengemüse) und mit dem Bauen und Wohnen. Um dieses Zentrum kreist die Wertschätzung für das Eigene und kreisen die diesbezüglichen wirtschaftlichen Aktivitäten. Hier finden sich Ansatzpunkte, wo regionales Wirtschaften gestärkt und ausgeweitet werden könnte. Auf dieser Grundlage könnten Arbeitsplätze und Existenzmöglichkeiten in der Region geschaffen werden, deren Wertschöpfung in der Region verbleibt, also erneut in ihr verwertet wird, statt aus ihr abzufließen; im Unterschied zur typischen Exportzone, in der nur einige wenige Produktlinien oder Monokulturen für den Export angesiedelt sind und die zum verarmten Billiglohnstandort für internationale Investoren absinkt.

In den lokalen wirtschaftlichen Austauschbeziehungen, die sich im Wesentlichen über die sozialen Beziehungen reproduzieren, ist die **Subsistenzorientierung** immer noch präsent, wesentlich präsenter als den Handelnden zum Teil selbst bewusst ist. Das hängt u. E. mit den Besonderheiten bäuerlichen Wirtschaftens zusammen; auch heute noch sind in der Landwirtschaft Reste von Subsistenzlandwirtschaft und eine ausgeprägte Gebrauchswertorientierung anzutreffen, und es geht hier immer darum, die Grundlagen des Wirtschaftens für die nächsten Generationen zu erhalten.

Das prägt nicht nur die Hofwirtschaft, sondern nach wie vor die gesamte ländliche Gesellschaft, auch die BewohnerInnen, die nicht mehr unmittelbar in der Landwirtschaft arbeiten. Das örtliche soziale Leben zeichnet sich stark durch die Bemühungen um das soziale Miteinander und um einen hohen Grad der Gegenseitigkeit aus.

Basis für das lokale Miteinander ist die **Selbstversorgung**. »Wer kein Viech

hat oder kein Brot backt, der braucht auch keine Beziehungen«, sagt eine Frau aus dem Schützenverein. Die Subsistenzproduktion ist einerseits Anlass für ein großzügiges Hin und Her, für gegenseitige Hilfe und Geschenke. Andererseits fließt mitunter auch Geld, wenn der Stand des »Gegenseitigkeitskontos« anders gerade nicht ausgeglichen werden könnte; allerdings wird auch dann nicht rein rechnerisch abstrakt mit dem Geld umgegangen.

Die Praxis der Selbstversorgung, die informellen Wirtschaftsbeziehungen stärken den sozialen Zusammenhalt vor Ort und stärken auch die formellen lokalen und regionalen Wirtschaftsbeziehungen: Da, wo noch selber geschlachtet wird, gehen die Leute eher in die Metzgerei als in den Supermarkt, und da, wo es noch eine Vorstellung vom dörflichen Gemeinwesen gibt, kaufen die Leute ihre Waschmaschine vor Ort und nicht in der nächst größeren Stadt.

Frauen spielen für die Subsistenzorientierung der lokalen Ökonomie auf drei Ebenen eine Rolle:

- *Erstens sind sie es, die an der »kleinen Wirtschaft« festhalten.*

Sie bewirtschaften die Gärten und halten die Hühner, sie sind wesentlich verantwortlich für das »bäuerlich« geprägte Wirtschaften auf den Höfen, im Dorf und reproduzieren damit eine bestimmte Kultur des sozialen und wirtschaftlichen Austausches: Über die Gartenbewirtschaftung, über die Hühnerhaltung etc. haben die Leute miteinander zu tun: kaufen, tauschen, schenken. Die sozialen Beziehungen haben eine materielle, auch ökonomische Basis.

- *Zweitens werden die sozialen Beziehungen vor allem von den Frauen gepflegt und aufrecht erhalten.*

Auch Frauen, die nicht unmittelbar in die dörfliche Subsistenzproduktion eingebunden sind, die keine Gärten, keine Möglichkeit zur Kleintierhaltung haben, engagieren sich für das dörfliche Gemeinwesen. Z. B. indem sie Funktionen in der Gemeinde und den Vereinen übernehmen, Kuchen backen für die diversen Dorffeste, die Firmlinge unterweisen und ähnliche Dinge mehr; sich eben über ihren unmittelbaren Haushalt hinaus verantwortlich fühlen auch fürs Dorfgeschehen. Der sozi-

ale Zusammenhalt eines dörflichen Gemeinwesens oder einer Region, die Bereitschaft, sich mit einem bestimmten Ort, einer Landschaft, einem sozialen Zusammenhang etc. zu identifizieren und sich dafür einzusetzen, ist eine wichtige Voraussetzung, lokale wirtschaftliche Zusammenhänge zu stützen und / oder aufzubauen.

- *Drittens spielen Frauen als Konsumentinnen eine entscheidende Rolle:*

Orientieren sie sich in ihren Kaufentscheidungen nur am Preis oder sind Kriterien wie regionale Herstellung und Verarbeitung für sie von Bedeutung. Kaufen Frauen in unserer Untersuchungsregion anders als in der Stadt? Ja und nein. Einerseits fahren die Frauen in die nahe gelegenen Städte oder in die Discountmärkte auf der Grünen Wiese, um billig einzukaufen. Andererseits besorgen sie viele Dinge des täglichen Bedarfs über andere Bezugsquellen, vor allem Eier und Gemüse. Auch Frauen, die keine Bäuerinnen sind, nehmen noch auf das bäuerliche Milieu Bezug, in ihren Einkaufs- und Versorgungsstrategien kommen räumliche, biografische und kulturelle Bezüge zur Landwirtschaft zum Ausdruck. Das ländliche Milieu, die bäuerliche Kultur prägt. Sofern sie nicht selbst in kleinem Rahmen »Subsistenzbäuerinnen« sind, sind sie von Leuten umgeben, die Zeit und Engagement in die Versorgungswirtschaft stecken: Die zahlreichen Gärten der Mütter und Tanten, eine Freundin, die Brot backt, ein Cousin, der Apfelsaft presst, die Hühner, die durch Nachbarsgärten laufen, ein Vater, der buttert. Die Frauen nutzen die ländlichen Möglichkeiten teilweise bewusst, teilweise als Selbstverständlichkeit. Die Bezugspunkte können dabei die dörfliche Gemeinschaft oder die politische Überzeugung, und / oder positive Erinnerungen und Erfahrungen sein.

Die regionale Wirtschaft profitiert von der Hauswirtschaft oder beruht sogar auf ihr.

Es sind gerade die hauswirtschaftlichen Arbeiten wie insgesamt die Arbeiten innerhalb der informellen, auf die Lokalität bezogenen Ökonomie, die den besonderen Charakter und die Basis der Region / Stadt ausmachen, die es ermöglichen,

dass sich die Leute mit ihrer Region identifizieren. Die Existenz einer – erweiterten – Hauswirtschaft prägt den Geschmack und reproduziert eine Kultur, wo die lokalen Produkte geschätzt werden. Es gibt noch andere Bezugsgrößen als den Preis industriell gefertigter Waren.

Wenn wir jetzt also in unserer Feldstudie festgestellt haben, dass es auf dem Land, jedenfalls in unserer Untersuchungsregion, durchaus so etwas wie eine regionale Wirtschaft gibt, und dass die Frauen dort nicht unerheblich dafür verantwortlich zeichnen, was bedeutet das?

Zunächst, dass sich die Anknüpfungspunkte für eine nachhaltige Entwicklung, für eine lokale Ökonomie vor allem in den haushaltsnahen, versorgungswirtschaftlichen Bereichen finden oder wie Veronika Bennholdt-Thomsen formuliert: » ... so lange wir subsistent wirtschaften, so lange werden wir einen Begriff von Gegenseitigkeit und miteinander wirtschaften haben. Hier liegen die empirisch nachweisbaren Anknüpfungspunkte für eine andere Ausrichtung der inzwischen globalisierten Ökonomie gerade auch in unseren Breiten.«

Subsistenz in der Stadt

Ist die Voraussetzung für eine Subsistenzperspektive einen Garten zu bewirtschaften, seine eigenen Lebensmittel anzubauen? Oder was ist damit gemeint? Zunächst einmal: Nicht nur in Land- und Gartenwirtschaft tätige Menschen, nicht nur Menschen in der Dritten Welt betreiben Subsistenzproduktion. Subsistenzproduktion ist nicht das Überbleibsel einer überkommenen traditionellen Produktionsweise, sondern ist immer notwendig. Sie ist nicht verschwunden, sie ist nicht einmal im Verschwinden begriffen, sie kann auch nie verschwinden. Sie ist gegenwärtig nur anders organisiert als in anderen historischen Epochen.

Gerade weil die Marktökonomie nicht mehr auf die Versorgung der Gesellschaftsmitglieder konzipiert ist, ist sie fundamental auf eine sie quasi unterfütternde Ökonomie angewiesen, die die Versorgung dennoch gewährleistet.

Wie die Warenproduktion die Subsistenzproduktion nicht ablöst, sondern »nur« kolonisiert, existiert neben, zwischen, unter einer dominierenden Markt-

orientierung auch weiterhin Subsistenzorientierung. *Subsistenzorientierung* ergibt sich gewissermaßen aus der Logik / den Erfordernissen der Subsistenz(produktion) selbst. Die Versorgung von Menschen – die Herstellung von sozialen Beziehungen, die Zubereitung von Mahlzeiten, die Pflege von Kleidung, Haus und Hof, Kind und Kegel – erfordert eine andere Rationalität und Handlungsorientierung als die Herstellung von Waren. In Subsistenzkontexten verhalten sich Menschen nicht wie homo oeconomicus, hier geht es um Empathie, Geduld, Zuwendung, Aufmerksamkeit, es geht um Zeit haben statt um Zeit sparen, um Engagement und Gefühl, um Kooperation und Solidarität.

Allerdings verfolgen auch vornehmlich mit Subsistenzproduktion befasste Menschen nicht automatisch eine Subsistenzorientierung. Sie können im Gegenteil durchaus einer Warenlogik verpflichtet sein. Subsistenzorientierung ist eine Haltung, die aus der Praxis der Subsistenzarbeit resultieren kann, aber nicht muss. Umgekehrt muss nicht Subsistenzarbeit geleistet werden, um eine Subsistenzorientierung zu entwickeln – selbst wenn sich oftmals vor allem diejenigen, die mit Subsistenz zu tun haben, auch für sie einsetzen und Bedingungen und Voraussetzungen von Subsistenz zu verbessern suchen.

Insofern würde *Subsistenzorientierung* heißen, sich für die Interessen der Subsistenz einzusetzen. Ob als »Privatperson« in der Nachbarschaftshilfe oder für die Integration von Flüchtlingen, oder als politischeR AktivistIn bezüglich der Erweiterung von Kompetenzen »aus sich selbst heraus zu bestehen« oder als »Wirtschaftssubjekt«, das auf Betriebserweiterung und Wachstum verzichtet, weil sonst die Produktion keine bäuerliche, keine handwerkliche mehr wäre. Allerdings besteht hier vielleicht nicht immer die Wahl. Oder als PolitikerIn, die gegen die Privatisierung sozialer Dienstleistungen votiert, die anmahnt, Subsistenzbereiche zu unterstützen und zu fördern, statt sie auszuhöhlen.

Es hat keinen Sinn, bezahlte und unbezahlte Arbeit zu unterscheiden und das eine samt und sonders der kapitalistischen Warenproduktion, das andere der Subsistenzproduktion zuzuordnen. Das ist

ein gängiger Irrtum, die Verhältnisse sind längst nicht mehr so einfach, so dichotom. Wo die Menschen nicht mehr über die Produktionsmittel verfügen, funktioniert auch die Subsistenzproduktion über Geld. Auch in weiten Bereichen der Lohnarbeit, im öffentlichen Bereich der Daseinsfürsorge, in Krankenhäusern, Pflegeheimen, Kindertagesstätten etc. geht es um die Versorgung von Menschen. Es gehört(e) zum Selbstverständnis einer Sozialen Marktwirtschaft, den BürgerInnen eine gewisse Subsistenzsicherung zu garantieren. Momentan sind diese Bereiche gerade einer fragwürdigen »Ökonomisierung« (Effektivierung, Privatisierung etc.) unterworfen. Trotz Geldmangel und Pflegenotstand ging es dort bislang immerhin nicht darum, Gewinne zu erwirtschaften. Zwar drohte hier mitunter die Entmündigung durch Experten, inzwischen aber steht eine regelrechte Kommerzialisierung bevor.

Auch historisch waren von der Subsistenz bestimmte Gesellschaften keine geldlosen Gesellschaften, die keine Austauschbeziehungen gekannt hätten. Subsistenz und Selbstversorgung schließt Markt und Arbeitsteilung nicht aus, sondern nur ein bestimmtes Profitstreben, dass sich um eine soziale Einbettung des Wirtschaftens nicht schert. Das zeigt sich auch in Borgentreich, wo in den subsistenznahen Bereichen ein charakteristischer, legerer Umgang mit Geld zu beobachten ist: »Dann ist das Schwein schon mal billiger« oder »Ach, das darf man nicht so eng rechnen«, heißt es da.

Selbstversorgungskapazitäten sind die Basis von Subsistenz, aber Selbstversorgung nicht im Sinne des isolierten Individuums. Zur Selbstversorgung gehört die Reziprozität, die Einstellung, zusammen, statt gegeneinander zu wirtschaften, gehört die Einsicht, dass Wirtschaften eine soziale Angelegenheit ist, eine gemeinsame Sache einer Gruppe von Menschen etc.

Subsistenzorientierung wäre in diesem Sinne auch die Orientierung an überlieferten oder neuen Formen des sozialen und ökonomischen Miteinanders (wie in Borgentreich), könnte den Einsatz meinen für selbstbestimmte Arbeit / Produktion und den Versuch einschließen, sich unabhängig(er) von Markt oder staat-

licher Versorgung zu positionieren. Dinge selber herzustellen, statt sie zu kaufen, kann subsistenzorientiert sein, sich da Kompetenzen zu erhalten oder sie sich zurückzuerobern: Sich selber wieder kundig zu machen, was den Anbau von Lebensmitteln, was die Behandlung von Krankheiten, was die Pflege kranker Menschen, was handwerkliches know how angeht etc., all das wäre subsistenzorientiert.

Eine bestimmte Prioritätensetzung im Leben wäre subsistenzorientiert: Kooperation statt Konkurrenz, sozialer Zusammenhang statt Profit u.Ä.m., Empathie für die natürliche Mitwelt, für Tiere und Pflanzen. Ökologisch und sozial bewusster Konsum kann sich einer Subsistenzorientierung verdanken. Auch in der Stadt gibt es mithin andauernd Entscheidungen für oder gegen die Subsistenz zu treffen. Zunächst mal müsste überhaupt mal geklärt werden, was dient der Subsistenz, was schadet ihr? Das wird oft gar nicht so leicht zu entscheiden sein und manchmal davon abhängen, ob es auf die kurze oder auf die lange, aus der individuellen oder gesamtgesellschaftlichen Sicht betrachtet wird. In der Großstadt ist es vielleicht subsistenzorientierter, im kleinen Bioladen einzukaufen statt im großen Biomarkt. Doch Immerhin bezieht der Biogroßmarkt seine Produkte von lokalen Erzeugern, und das Verkaufskonzept trägt den modernen Lebensgewohnheiten Rechnung, die sich auch nicht wegdiskutieren lassen, es geht ja auch nicht darum, Purismus zu propagieren bzw. rigide zu sein.

Eine wichtige Größe im Zusammenhang mit Subsistenz ist Zeit, ist der Umgang mit Zeit. Subsistenz braucht Zeit. Zeit ist Subsistenz. Dinge in Ruhe machen zu können, über Zeitwohlstand zu verfügen, dient ganz unmittelbar der Subsistenz. Ein Essen zu kochen, sich um die Kinder zu kümmern, um die Verwandten, die FreundInnen, das alles erfordert Zeit, Zeit, die scheinbar immer weniger zur Verfügung steht.² Insofern haben marktförmi-

² In einem Gespräch mit meiner Mutter wurde mir der Zeitwohlstand, in dem sie gelebt hat, plötzlich so deutlich und hat mich sehr beeindruckt. Meine Mutter sagte, das mit einer Berufstätigkeit hätte sich nicht ergeben, und dafür hätte sie auch nicht die Ausbildung gehabt. Dass eine Ärztin trotz Kindern berufstätig sein

ge Lösungen für Subsistenzbedürfnisse Konjunktur. Wobei die auch nicht zwangsläufig des Teufels sein müssen. Es ist ein verbreitetes Missverständnis, dass Subsistenzorientierung bedeutet, alles selber machen zu müssen. Beispielsweise ist es sicher nicht »verkehrt«, in dem kleinen Restaurant um die Ecke »aus« essen zu gehen, wo die Besitzerin bekennt ist, die hier ihren Lebensunterhalt erwirtschaftet.

Heute wollen Frauen schließlich keine Hausfrauen mehr sein. Sie weisen die Zuständigkeit für die Subsistenz / für die Hausarbeit zwar nicht gänzlich zurück, aber sie versuchen deren Ansprüche zu minimieren, weil sie berufstätig sein wollen. Die Landfrauen sind längst eine aussterbende Spezies: Dass sich heute noch in der Warburger Börde Frauen bewusst dafür entscheiden, von Beruf Bäuerin bzw. Hausfrau zu sein, ist eher selten, meistens machen sie eine andere Ausbildung, meistens streben sie eine Berufstätigkeit an, meistens sind sie Bäuerin oder Hausfrau nur noch nebenbei. Angesichts der unklaren Zukunftsaussichten in der Landwirtschaft, wäre es auch vermessen, ihnen etwas anderes anraten zu wollen.

Wenn diese – allgemeine gesellschaftliche – Entwicklung nicht mit einem Qualitätsverlust in Bereich der Subsistenz / der allgemeinen Versorgung verbunden sein soll, ist Einfallsreichtum gefragt. Im Grunde geht es um die Frage, wie Subsistenz unter modernen Bedingungen zu organisieren ist. Es ist unklar, wie der riesige Bereich der »Care Ökonomie« organisieren werden kann, ohne auf unbezahlte oder unterbezahlte Arbeit von Frauen zurückzugreifen (vgl. Mascha Madörin). Genau um diese Klärung geht es aber.

wollte, hatte meiner Mutter unmittelbar eingeleuchtet, aber neben den Kindern als Verkäuferin tätig zu sein, das hätte sie unsinnig gefunden. Ein bisschen schwang hier natürlich ein Bedauern mit, keinen solchen angesehenen Beruf gehabt zu haben, der sie in Entscheidungsschwierigkeiten gebracht hätte, weil die ihn eigentlich gerne hätte ausüben wollen. Andererseits hat meine Mutter es offensichtlich sehr genossen, Zeit zu haben und über ihre Zeit zu verfügen. Sie erzählt das mit großer Genugtuung, dass sie den Fensterputz immer auf den nächsten Tag verschieben konnte, wenn die Freundin vorbeikam und Ansprache brauchte, das war offenbar – auch ein als solcher erlebter – Luxus.

Und da sind marktförmige Lösungen unumgänglich. Es ist nicht zu erwarten und ja auch gar nicht wünschenswert, dass Frauen zum alten Rollenmodell zurückkehren. Wenn bestimmte Leute ihr »Geschäft« damit machen können, die Subsistenzbedürfnisse von anderen zu erfüllen – warum nicht? Darunter leidet die Subsistenz nicht zwangsläufig. Die Pizza im dem kleinen Laden, wo die Zutaten frisch und selbst zusammengerührt sind, ist vielleicht nicht ganz so gut wie die, die ich selber mache, wenn ich darin gut bin, aber sie ist um Längen besser als die industriell hergestellte, tief gekühlte Pizza, abgesehen davon, dass sie die bessere Ökobilanz und die bessere soziale Bilanz vorzuweisen hat. Sie ist vielleicht etwas teurer als die Konzernpizza, und vielleicht kann sich auch nicht jede/r den Luxus leisten, auf solche Kriterien zu achten, aber viele könnten es sich leisten, wenn sie der Subsistenz mehr Wert in ihrem Leben zugestehen würden, wenn sie mehr Wert auf die Qualität der Subsistenz legen würden.

Der Subsistenz Raum zu verschaffen – Zeit zu verschaffen. Wir erleben gegenwärtig genau das Gegenteil. Die Bereiche, die bislang noch ausdrücklich von der Profitmaximierung ausgenommen waren, der ganze Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, soll weiter privatisiert und verwertet werden. Der Wirtschaft das letzte bisschen Subsistenz austreiben, so ließe sich das neoliberale Projekt auch beschreiben.³ Wenn immer mehr Sub-

³ Interessanter Weise ahnen das mittlerweile sogar schon Systemtheoretiker. So kritisiert Peter Fuchs den Versuch, die ganze Gesellschaft nach ökonomischen Rationalitätskategorien organisieren zu wollen: »Kunst, Politik, Wissenschaft, Erziehung, Recht, Religion, Massenmedien, Sport und Gesundheit – sie alle werden in ein Szenario der Wirtschaftlichkeit eingeordnet und ökonomisch (das heißt: nach dem Bild des Unternehmens und nicht nach ihrer Eigenökonomie) beobachtet. So werden die Hochschulen mit Marketing, Leitbildern, die nichts weiter als umstandslose Disziplinierung von Personal erlauben ..., überzogen, als handle es sich bei ihnen um Wissensfabriken, die Gewinn abwerfen und Verlust vermeiden sollen ... Einrichtungen der Wohlfahrt werden zu Wohlfahrtskonzernen, die den Markt der Leiden bearbeiten sollen ... Die Gesellschaft als Superunternehmen mit Sinnkontexten ... Es sieht so aus ... als sei die Welt,

sistenztätigkeiten und -produkte in Waren verwandelt und der profitorientierten Kommerzialisierung unterworfen werden, bedeutet das immer auch einen Verlust an Subsistenz.

Ein anderes wichtiges Thema in Zusammenhang mit Subsistenz ist Wertschätzung, und Subsistenz wird permanent abgewertet. Sie wird als sichtbares Zeichen von Armut und Zurückgebliebenheit interpretiert. Das ist kein Prozess, der irgendwann in grauer Vorzeit stattfand, sondern einer, der sich hier und heute, permanent ereignet, auch in der Stadt. In der Siedlung, in der ich aufgewachsen bin und die vom Konzept her an die Idee der Selbstversorgungssiedlungen der Weimarer Republik anschloss, haben die Leute sukzessive nicht nur die Subsistenzproduktion aufgegeben, sobald ihre finanzielle Situation das hergab, sondern sogar die Möglichkeiten zur Subsistenzproduktion vernichtet: Sie haben die Ställe, die zu den

in der wir leben, ausschließlich pekuniäre Welt, die nach dem Muster von Wirtschaftsunternehmen () bearbeitet werden müsste. ... Es liegt auf der Hand, dass keine Wirtschaftsoperation ablaufen könnte, ohne rechtlich geordnet zu sein, keine Rechtsoperation ohne ihr vorausliegende kollektiv bindende Entscheidungen (Politik), und natürlich auch, dass niemand zählen könnte, wenn er zahlen soll, ohne durch das Erziehungssystem instruiert worden zu sein. Man hat das »Kompossibilität« genannt, ein »Miteinander-Können«, das aber auf Differenz und nicht auf Einheit beruht. Für Liebe kann man nicht zahlen, Erziehung funktioniert nicht wirtschaftlich, Kunst kann man für Geld kaufen, aber nicht mit Geld machen, wissenschaftliche Erkenntnis ist auf Wahrheit angewiesen (), Depressionen behandelt man nicht mit Geld ... Der Denkfehler vieler Leute besteht in der Annahme, dass all diese anderen Sinnverarbeitungsmöglichkeiten nur möglich sind, wenn ihnen Geld zugrunde liegt als Ursprung, als *arché*; und deswegen stellen sie sich die Gesellschaft hierarchisch vor, ..., die deswegen insgesamt wie ein Unternehmen behandelt werden kann. Das ist simpel gedacht, insofern das Bild der Unternehmung nicht mal stimmt, wenn man es auf ein Wirtschaftsunternehmen bezieht, das ja neben den Kommunikationsströmen der Wirtschaft auch die der Politik, des Rechtes, der Erziehung etc. organisieren muss und ohne die Kompossibilität dieser Ströme im Nu kollabieren würde.« (1.12.2003, taz)

Häusern gehörten, abgerissen und an ihre Stelle Wintergärten gebaut, sie haben die Speicher in Wohnraum verwandelt – wobei der immerhin auch der Subsistenz dient –, sie haben die Wirtschaftsräume im Keller in Freizeiträume verwandelt etc. »Man hat das nicht mehr nötig«, war das Gefühl der Erleichterung, das damit verbunden war. Die, die weiter Bohnen etc. anbauten, waren die, die eben nicht so viel Geld hatten, die arm waren. Auf die wurde etwas mitleidig herabgeschaut. Wir Kinder haben das damals natürlich anders gesehen. Wir fanden die Hühner und Kaninchen in Nachbars Garten total spannend. Der bäuerliche Teil meiner Verwandtschaft hat noch eine Generation länger an der Gartenwirtschaft und der Kleinviehhaltung festgehalten, aber irgendwann auch entnervt mit dem Gefühl, dass sich die ganze Arbeit nicht »lohnt«, aufgegeben.

Genau dieses Gefühl haben die Landfrauen in Borgentreich auch. Sie sind sich nicht sicher, inwieweit das »weibliche« Wirtschaften ins Gewicht fällt. Der Gemüseanbau schon irgendwie. Wenn sie das Gemüse in der entsprechenden Qualität kaufen wollten, wäre das teuer. Abgesehen davon, dass es im Dorf oft gar nicht zu kaufen ist. Entweder gibt es einen Supermarkt oder überhaupt keinen Laden, da ist der Garten dann einfach eine Notwendigkeit: »Wenn ich wegen jedem Salatkopf fahren müsste, würde ich verrückt«, erläutert eine Frau. Trotzdem ist es offenbar nicht leicht, die kleine Wirtschaft, die informelle landwirtschaftliche Produktion aufrechtzuerhalten; und auf vielen Höfen ist die Kleintierzucht abgeschafft.

Sofern Frauen noch an einer Subsistenzorientierung festhalten, an der Orientierung an der Versorgung, tun sie das dem gesellschaftlichen Klima zum Trotz. Es scheint nicht zusammen zu passen: Neben dem Intensivmaststall mutet der Kaninchenstall anachronistisch an. Wenn es auf dem Hof insgesamt um Rationalisierung und Effektivierung geht, dann wirkt es unsinnig, noch Hühner halten zu wollen: »Geh die Eier doch besser in der Apotheke kaufen«, bekommt eine Frau von Mann und Sohn zu hören, als sie Ersatz für ihren Hühnerstall will, der dem Ausbau einer Werkstatt weichen musste. Eine Frau sagt trotzig: »Was Frauen machen, rechnet sich doch alles nicht. Kochen rechnet sich

auch nicht. Und trotzdem wollen alle ein warmes Mittagessen serviert kriegen.«

Hat doch alles keinen Zweck

Es ist ein Problem, dass die Frauen von dem nicht überzeugt sind, was sie tun. Mehrheitlich teilen sie die herrschenden Ansichten über die Ökonomie: Dass es auf die kleine Wirtschaft nicht ankommt, dass die kleine Wirtschaft im Aussterben begriffen ist. Insofern haben sie auch nicht mehr versucht, den Geist der kleinen Wirtschaft an ihre Kinder weiterzugeben, abgesehen davon, dass die ihn vielleicht auch nicht hätten haben wollen.

Die Frauen verteidigen ihre Handlungsweise nicht offensiv. Sie verständigen sich nicht darüber, welche Bedeutung ihr Tun hat, welchen Einfluss sie nehmen, welchen Einfluss sie nehmen könnten und wollen. Sie könnten sehr viel mehr in Richtung regionale Wirtschaft bewegen, wenn sie eine solche Politik (des Alltags) zu ihrem Anliegen machen würden. Aber sie machen keine Politik: »Da lassen wir den Männern den Vortritt«, sagt eine Vorstandsfrau von der Frauengemeinschaft.

Die Frauen engagieren sich für die lokale Gesellschaft, aber es geht ihnen nicht um den Bestand der regionalen Ökonomie. Was das angeht, sind sie eher skeptisch. Sie haben kein Vertrauen in einen regionalen Markt. Sie sehen die großen Mastställe, und sie beobachten ihr eigenes Verbraucherinnenverhalten. »Die Schweine können doch nicht alle hier in der Region gegessen werden«, sagen sie, und sie kaufen selber ja auch gerne billig.

Kaufentscheidungen bzw. Kaufgewohnheiten sind durchaus Gegenstand alltäglicher Gespräche, es kommt schon einmal die Rede darauf, wer wo warum einkauft. Es wird auch beklagt, wenn wieder ein kleines Geschäft schließen muss. Aber es gibt diesbezüglich keine ausdrückliche Haltung. Die Entscheidungen bleiben privat und individuell. Es finden im Rahmen von Landfrauenverband, Frauengemeinschaft etc. keine Veranstaltungen statt, wo es um den gemeinschaftlichen Umgang mit diesen Fragen gehen würde. Es wird halb-öffentlich besprochen, dass die Hühner und die Gärten abgeschafft werden, dass die Leute dadurch mehr Geld für Lebensmittel ausgeben, dass es einen Verlust an Dorfkultur bedeutet. Aber

dabei bleibt es dann. Es fehlt einfach an Alternativen zu den herrschenden Vorstellungen.

Und die Frauenbewegung? Ein Plädoyer für die Subsistenz?

Wenn in den Aktivitäten der Landfrauen positive Ansätze für regionales Wirtschaften gesehen werden, werden dann Frauen auf ihre angestammte Rolle festgelegt? Wird damit nicht ein Lebensmodell sanktioniert, das erstens auch hoch problematische Aspekte hatte, z. B. was ökonomische Abhängigkeiten angeht, und zweitens ohnehin im Aussterben begriffen ist?

Immerhin: Die Frauen selber haben mit der Arbeitsteilung kein Problem. Sie haben durchaus ein Problem mit der mangelnden Anerkennung ihrer Arbeit, darüber ärgern sie sich bisweilen, aber sie haben nicht per se ein Problem mit dem Inhalt der Arbeit. Es ist so, auf dem Land sind auffallend oft durchsetzungsstarke, selbstbewusste Frauen anzutreffen, und ihr Selbstbewusstsein speist sich erkennbar aus ihrem Selbstverständnis, eine tragende Rolle für die familiären und dörflichen Zusammenhänge zu spielen. Oder anders formuliert: Es beeinflusst das Standing von Frauen erkennbar positiv, wenn es die entsprechenden familiären und dörflichen Zusammenhänge und damit die Anerkennung für die Subsistenzökonomie (noch) gibt. Regionalität ist gut für Frauen, könnte man sagen. Die regionale Wirtschaft braucht die Landfrauen – das stimmt zweifellos –, aber ebenso brauchen die Landfrauen die regionale Gesellschaft, und sie haben in eigenem Interesse erheblich zu ihrer Reproduktion beigetragen.

Dennoch ist die zukunftssträchtige Dimension der Subsistenz unter Umständen heute schwer zu entdecken. Dass Subsistenzproduktion unter gegebenen Bedingungen auch elend und abhängig machen kann, wissen nicht zuletzt Frauen, die qua Geschlecht für diesen Bereich (allein-)zuständig (gemacht worden) sind. Deswegen gab es ja in der Frauenbewegung die Diskussion um Lohn für Hausarbeit und die Einschätzung, dass Lohnarbeit Frauen frei macht, und gibt es das Interesse von Frauen, möglichst (auch) erwerbstätig zu sein. Die Subsistenzproduktion ist der Bereich, wo sich der Verlust

an Subsistenz, den die kapitalistische Warenproduktion dauernd anrichtet, niederschlägt, wo die Schäden endlos repariert werden sollen und wo die Arbeit sofort wieder enteignet wird. Zusätzlich wird diese Sisyphusarbeit noch nicht einmal anerkannt, Hausfrau zu sein ist immer auch ein bisschen peinlich und Hausarbeit bekanntermaßen keine Arbeit. Insofern ist es kein Wunder, dass die Arbeit der Subsistenzhaltung von Frauen zunehmend abgelehnt wird und ein Plädoyer für die Subsistenz oft als Zumutung empfunden wird.

Subsistenzproduktion ist vielen Frauen ein Gräuel, weil sie mit dem Bild der gezähmten, abhängigen, schwachen und ins Haus verbannten Hausfrau verbunden ist. Aber es ist nicht die Subsistenzproduktion an und für sich, die schwach macht, sondern es sind ihre Rahmenbedingungen in der Moderne. Im Gegenteil sind in subsistenzorientierten Gesellschaften Frauen meist stärker; und ist die Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse nachweislich regelmäßig mit einem Statusverlust der Frau verbunden. Das ist immerhin ein interessanter Befund.⁴

Ich denke, dass untergründig durchaus eine gewisse Subsistenzorientierung für Frauenbewegungszusammenhänge typisch war. In der Frauenbewegung ging es immer auch um Subsistenz. Z. B. um die Erfahrung von Solidarität und Gemeinschaft; und die Orientierung an der Gemeinschaft ist zweifellos eine Orientierung an der Subsistenz. Allerdings handelt es sich in der Frauenbewegung weitgehend um entökonomisierte Verhältnisse und Beziehungen, und die sind immer entsprechend fragiler (vgl. die Entökonomisierung sozialer Beziehungen insgesamt). Trotzdem sind in Frauenzusammenhän-

⁴Im postmodernen feministischen Diskurs ist die Zweigeschlechtlichkeit das Problem und die Unterwerfung der Frau universal. Das ist eine unhistorische Sicht der Dinge. Tatsächlich hat es Gesellschaften gegeben, wo Frauen Macht und Einfluss hatten, es gibt sie noch, und es sind typischerweise Gesellschaften, die ein klares Bewusstsein über die Verschiedenheit von Frauen und Männern haben. Frauen haben hier nicht etwa als *Personen* Prestige, sondern ausdrücklich als *Frauen*. Sie haben Macht und Einfluss nicht *obwohl*, sondern *weil* sie Frauen sind.

gen, und zumal in der lesbischen community, Formen von Subsistenzproduktion – Subsistenzkultur – außerhalb der Kleinfamilie entwickelt worden. Es kann übrigens beobachtet werden, dass da, wo Frauen Projekte miteinander aufgezogen haben, sich quasi eine materielle Basis für ihre Beziehungen ergibt, die Beziehungen stabiler sind; die Frauenzusammenhänge auch insofern Subsistenzzusammenhänge sind, als sich die Frauen gegenseitig unterstützen, sich z. B. die Jobs zuschieben und auch von den unterschiedlichen Kompetenzen profitieren, z. B. im gesundheitlichen Bereich, bei Reiki und Massage. Und nicht zuletzt ist natürlich der Kampf um (die sexuelle) Selbstbestimmung immer auch ein Kampf um Subsistenz. Explizit haben sich Feministinnen allerdings bisher wenig mit der Frage der Subsistenz befasst. Eher wurde der Auszug aus der Subsistenz propagiert als deren Instandsetzung. Als Feministin für die Subsistenz zu sprechen, ist immer etwas heikel, weil es die herrschende Arbeitsteilung zu bestätigen scheint.

Eine Orientierung an der Subsistenz müsste aber, wie gesagt, nicht den »Abschied von der Erwerbsarbeit« bedeuten, zumal in der »Ersten Welt« keine von Geld unabhängige Subsistenzproduktion möglich ist, und die Subsistenzproduktion auch nicht automatisch Distanz zum System mit sich bringt. Mit anderen Worten: **Die Alternative »Subsistenzproduktion ist gut, Berufsarbeit ist schlecht« ist falsch.** Erstens werden in der Warenproduktion auch mitunter Dinge hergestellt, die der Subsistenz dienlich sind, zweitens kann eine auf die Interessen der Warenproduktion orientierte Subsistenz dem (gesellschaftlichen) Subsistenzinteresse insgesamt eher schädlich sein.

Es geht lediglich jeweils um die handlungsleitende Frage: Was nutzt der Subsistenz, was schadet ihr? Welches Verhalten führt zu gesünderem Essen, besserer Luft, menschlicheren Beziehungen? So verschiedene Dinge wie das Auto stehen zu lassen, die Lebensmittel auf dem Markt beim Biostand zu kaufen, einen Tauschhandel zu organisieren oder die Kinder nicht im Sinne ihrer Anpassung an die Verhältnisse zu erziehen, sondern ihren Widerstandsgeist zu fördern.

An der »Kinderfrage oder »Mütterfrage« machen sich allerdings auch wieder Vorbehalte fest. Der Subsistenzansatz rekurriert auf einen weiblichen Lebensentwurf und mache ihn zum Ausgangspunkt der Organisation von Gesellschaft, mit dem sich viele Frauen nicht unbedingt identifizieren. Das »mütterliche Prinzip«, eine »mütterliche Weltsicht« – oder wie immer das genannt oder beschrieben wird – waren auch in der Frauenbewegung nicht immer so gut angesehen. Es ließ sich hier oft eine ausgesprochene Mütterfeindlichkeit feststellen, von Monique Wittig bis Christa Reinig.

Es gab aber auch andere Ansätze: Adrienne Rich hat sich in den 1980er Jahren sogar aus einer dezidiert lesbischen Perspektive mit der *Mutterschaft als Erfahrung und Institution* auseinandergesetzt. Sie analysiert dabei beides, Mutterschaft und lesbische Lebensweise als exklusiv weibliche Erfahrung, und begreift die Beziehung zwischen Mutter und Tochter als Ausgangspunkt für die Beziehungen zwischen Frauen und »als Ausgangspunkt und Basis der Bemühungen um eine neue Identität.

»Matriarchat« und Subsistenz

Von Veronika Bennholdt-Thomsen stammt der denkwürdige Satz: Die Subsistenzproduktion muss weiblich bleiben. Eine Forderung, die in den Ohren mancher Frauen wie eine Drohung klingt, auf jeden Fall aber eine Provokation ist, weil sie die geschlechtliche Arbeitsteilung zu zementieren und Frauen auf die Subsistenz zu verpflichten scheint. Gemeint ist etwas anderes. Bennholdt-Thomsen geht es um die Verfügungsgewalt. Der Frau sollen das Haus, das Land und die Kinder gehören – als Voraussetzung für eine männerunabhängige Existenz.

Eine Subsistenzperspektive könnte auch zum Auszug aus in Unordnung geratenen heterosexuellen Beziehungen ermutigen, als Auszug in die Subsistenz, als Verweigerung der Reproduktion von Männern, die sie wieder fit macht für zerstörerisches Tun (vgl. Christina Thürmer-Rohr 1987). Als Möglichkeit, sich die Subsistenzproduktion wieder anzueignen, eine unmittelbare, sehr pragmatische Feminisierung der Subsistenz sozusagen. »Die Subsistenz muss weiblich bleiben« könnte

auch heißen, die Subsistenz verbleibt bei den Frauen, sie geben sie nicht her, sie tauschen nicht Liebe gegen Unterhalt, sie tauschen Liebe nur gegen Liebe, Versorgen gegen Versorgt werden, die Subsistenzproduktion dient nicht fremden Zwecken, sie dient auch den Frauen selbst.

Wenn frau sich an Monique Wittig erinnert und an ihre »Lesbischen Völker«, dann erscheint ein Zusammenhang zwischen »matriarchaler« und subsistenzorientierter Lebensweise: In Wittigs Vergangenheitsvisionen geht es (auch) darum, wie eine frauengerechte Ökonomie aussehen könnte bzw. wie eine Frauengesellschaft hätte funktioniert haben können. In ihrer Vorstellung sind Frauen in der Vergangenheit frei gewesen – oder hätten es sein können (es geht hier nicht um historische Konsistenz). Sie streiften gemeinsam umher, durch die Wälder, und lebten unbeschwert von Besitz und direkt von der Natur. Sie waren eigenmächtige Frauen, von niemandem abhängig und in der Lage, für den Lebensunterhalt zu sorgen. Sie hatten Töchter, aber die waren ihre Freundinnen und Gefährtinnen, sie waren keine Mütter. Erst der neolithische Sündenfall, die Erfindung von Ackerbau und Sesshaftigkeit beendete die Gemeinschaft der weiblichen Solidarität und Ebenbürtigkeit. Männer gibt es in Wittigs Utopie – der Einfachheit halber – nicht, Gesellschaft und Ökonomie der Frauen kommen ohne sie aus.

Auch in Marleen Gorris Film *Antonias Welt* sind Verwandtschaften zwischen subsistenzorientiertem und matriarchalem Zugang zur Welt angedeutet: Die Frauen sind hier der Mittelpunkt von Gesellschaft und Ökonomie. Das Verhältnis von Mutter und Tochter, und später Großmutter und Enkelin, ist die Grundlage für die (weibliche) Genealogie. Männer sind dieser Gesellschaftsordnung zu- und beigeordnet. Sie können an ihr teilhaben, sofern sie sich in ihre Prinzipien einfinden. Die Liebesbeziehung zwischen Antonia und einem im Dorf lebenden Bauern folgt ihren Bedingungen. Allerdings sind die nicht zu seinem Schaden. Also d. h., sie zieht nicht zu ihm, gibt nicht ihre eigene Ökonomie auf, verlässt nicht ihre Tochter, ihre Enkelin und all die anderen Leute, um seine Söhne zu erziehen, sondern sie schlägt

ihm eine Besuchsehe vor. Auf so eine Idee wäre er selber nie gekommen, aber mit dem Versuch erkennt er, dass so eine freiere Begegnung zwischen ihnen möglich ist.

Es ist eine Frauenwelt, eine von Frauen bestimmte Welt, die auch für Männer gut ist. Basis für die »matriachale« Eigenwilligkeit der Frauen um Antonia ist dabei die Verfügung über Haus und Land – die Möglichkeit, sich mit dem Nötigsten selbst zu versorgen – und dass ihre Loyalitäten klar sind, dass der Frauenzusammenhang Priorität hat. Diese Ökonomie schließt Männer nicht aus, sondern ausdrücklich ein. Manche finden hier geradezu Asyl. Die ökonomische Eigenständigkeit und die entschiedene Parteilichkeit verleiht den Frauen relative Eigenmacht mitten im patriarchalen Dorf. Eine Eigenmacht, die da enden muss, wo Männer Gewalt anwenden. Die Möglichkeit zur Eigenversorgung ist auch die Basis dafür, noch anderes zu tun. Die ihrer Subsistenz mächtigen Menschen »kleben« nicht am Land, es ist nur ihre Basis. Auch die Basis dafür übrigens, die sexuellen Beziehungen selbstbestimmt zu gestalten, und zwar gleichermaßen heterosexuelle wie lesbische.

Subsistenzorientierung schafft Frauenzusammenhang und das ist gut für die Subsistenz. Dies gilt natürlich für Stadt und Land gleichermaßen.

Literatur

Baier, Andrea/ Bennholdt-Thomsen, Veronika / Holzer, Brigitte (2005): Ohne Menschen keine Wirtschaft. Oder: Wie gesellschaftlicher Reichtum entsteht, München: Ökom Verlag.

Bennholdt-Thomsen (Hg.), Juchitán, Stadt der Frauen, Reinbek 1994

Müller, Christa (1998): Von der lokalen Ökonomie zum globalisierten Dorf. Bäuerliche Überlebensstrategien zwischen Weltmarktintegration und Regionalisierung, Frankfurt/New York: Campus.

Polanyi, Karl (1978): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt/M: Suhrkamp
Reinig, Christa (1987): Neander Tales; Neander Tales Zweiter Teil, in: dies., Der Wolf und die Witwen. Erzählungen und Essays, München 1987.

Rich, Adrienne (1979): Von Frauen geboren. Mutterschaft als Erfahrung und Institution, München: Frauenoffensive.

Thürmer-Rohr (1987): Christina, Vagabundinnen. Feministische Essays, Berlin: Orlando.

Werlhof, von Claudia / Mies, Maria / Bennholdt-Thomsen (1983): Frauen, die letzte Kolonie, Reinbek

Wittig, Monique / Zweig, Sande (1981): Lesbische Völker. Ein Wörterbuch, München.

Aktionen/Resolutionen/Netzwerke

Zeit zu sprechen – medica mondiale startet Aktion

Helfen Sie uns, das Schweigen zu brechen. Setzen Sie sich mit uns ein für vergewaltigte Frauen und Mädchen in Kriegs- und Krisengebieten. Nur wenn SIE dabei sind, können WIR handeln.

Tag für Tag. Immer und überall.

Ob vor 60 Jahren während und nach dem zweiten Weltkrieg oder ob in Afghanistan, Irak, Sudan, Uganda oder Indonesien, den heutigen Kriegs- und Krisengebieten – jeder Krieg ist immer auch sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen.

Tagtäglich werden in den Kriegs- und Krisengebieten Frauen und Mädchen vergewaltigt und bedroht. Tagtäglich wird Vergewaltigung als „Kriegsmittel“ eingesetzt.

Trotz dieser millionenfachen Verletzungen nimmt die Problematik der sexualisierten Gewalt sowie die Situation der betroffenen, traumatisierten Mädchen und Frauen in der allgemeinen wie auch politischen Öffentlichkeit nicht den Stellenwert und Raum ein, der ihnen zusteht und den sie brauchen.

Das wollen und müssen wir ändern! Es ist Zeit zu sprechen!

Unser Vorhaben: Eine Kampagne

Deshalb haben wir mit „Zeit zu sprechen“ eine Kampagne entwickelt, um das Thema stärker als bisher zum Thema zu machen die Situation der vergewaltigten Frauen öffentlich zu machen öffentliches sowie

individuelles Bewusstsein für die Problematik zu schaffen den betroffenen Frauen und Mädchen, die sich selbst kein Gehör verschaffen können, Gehör zu verschaffen und um ihnen eine Stimme zu verleihen und um für die Frauen und Mädchen um Unterstützerinnen und Unterstützer zu werben

Nur wenn wir uns für kriegstraumatisierte Mädchen und Frauen stark machen, können wir diese stärken

!

Aktionen in zehn deutschen Städten.

Die Durchführung von öffentlichkeitswirksamen Aktionen in zehn deutschen Städten steht im Mittelpunkt der Kampagne. Start ist am 1. September, dem weltweiten Antikriegstag in Marburg. Dann folgen München, Neuwied, Kiel, Bonn ...

In den Städten, in denen wir nicht direkt vor Ort sind, sorgt Ziel gerichtete Pressearbeit dafür, dass die betroffenen Frauen auch dort eine Stimme erhalten.

Die Aktionsidee

Um das Schweigen zu brechen. Um das Thema der täglichen Vergewaltigungen an Mädchen und Frauen in die Öffentlichkeit zu tragen, haben wir eine **Aktionsidee** entwickelt, die das Thema und die sich dahinter verbergende Problematik auf den Punkt bringt aufmerksamkeitsstark ist emotionalisiert und die provoziert. Denn wir zeigen Frauen und Mädchen so, wie sie von vielen Männern/Soldaten gesehen werden: als **Kriegsbeute**.

Die Umsetzung: Ausdrucksstarke Materialien

Mädchen und Frauen unterschiedlichen Alters, Herkunft und Nationalität tragen „**Kriegsbeute-T-Shirts**“ und stehen als "Transporteurinnen" der politischen Botschaft im Mittelpunkt der Kommunikation. Sie erscheinen auf Plakaten, Litfasssäulen, einigen Großflächen, Postkarten, einem Flyer und im Internet.

Aktionen, Emotionen + Informationen

Zunächst führten wir einen interaktiven Aktionsstand in der Kölner Innenstadt durch: mehr als 100 Frauen und Mädchen, die in „Kriegsbeute T-Shirts“ rund um den Aktionsstand und an weiteren Orten in der Innenstadt „Tatorte“ initiierten. Abends gab es ein Abschlussevent in Köln, in dessen

Mittelpunkt eine Lesung mit Katrin Saß (Schauspielerinnen u.a. „Good bye, Lenin“) stand. Durch den Abend führte Bettina Böttinger

Ohne Unterstützung geht es nicht. Wir brauchen SIE!

Eine Aktion wie diese kann nicht von uns alleine umgesetzt und finanziert werden. Dazu brauchen wir Unterstützerinnen und Unterstützer. Brauchen wir Menschen wie SIE.

Menschen, die unser Anliegen und unsere Vision mittragen, von einer Welt, in der Mädchen und Frauen nicht länger als Kriegsbeute gesehen und vergewaltigt werden, nur weil sich niemand für sie einsetzt.

Deshalb unsere Bitte. Helfen Sie uns! Unterstützen Sie eine außergewöhnliche Aktion und verhelfen Sie den betroffenen Frauen und Mädchen damit zu mehr Öffentlichkeit, zu einer Stimme, zu Gerechtigkeit. Nur wenn Sie helfen, können wir handeln.

Kleine Hilfe, große Wirkung

Denn, und da sind Sie sicherlich mit uns einer Meinung, je mehr Menschen von unserer Aktion erfahren und je mehr Menschen unsere Aktion sehen und hören, umso mehr Unterstützung werden die Frauen und Mädchen erfahren. Unterstützung, die sie so dringend brauchen. Daher unsere Bitte: Unterstützen Sie die Aktion, indem Sie Material verteilen bzw. auslegen, Ihre Mitglieder bzw. Ihnen nahe stehende Organisationen über die Aktion informieren. In einem redaktionellen Beitrag in Ihren Medien über die Aktion berichten. Wie Sie die Materialien bestellen? Einfach das Bestellformular auf www.zeit-zu-sprechen.de benutzen!

Kontakt

*medica mondiale „Aktion Kriegsbeute“
c/o Martina Grantz
Hülchrather Str. 4
50670 Köln
Tel: 0221/ 9 31 89 8-24
E-Mail: mgrantz@medicamondiale.org
Weitere Informationen
www.medicamondiale.org
www.zeit-zu-sprechen.de*

Appell der 33

Den nachfolgenden Appell hat EMMA am 29. September initiiert - elf Tage nach der Wahl. Wer macht mit? Unterschrift mit Beruf/Funktion an redaktion@emma.de.

Es ist an der Zeit, nüchtern festzustellen: Die CDU/CSU hat die Wahlen gewonnen, wenn auch knapper als erwartet. Daraus leitet sich für die stärkste Fraktion das Recht ab, den Kanzler zu stellen, genauer: die Kanzlerin. Denn der Anspruch der Kandidatin ist innerhalb ihrer Partei bisher unhinterfragt.

Zur Zeit stehen alle Weichen auf Große Koalition. Die beiden Parteien werden sich also zusammenraufen müssen. Dem im Weg steht bisher der Anspruch der SPD auf Führung und ihre Forderung, Angela Merkel habe sich zurück zu ziehen. Wenn schon Schröder nicht Kanzler wird, soll auch Merkel nicht Kanzlerin werden, heißt es. Denn: "Was vor uns liegt, kann Merkel nicht".

Das wirft Fragen auf. Aus welchem Grund greift die SPD in die Personalpolitik der Union ein, und warum will sie ausgerechnet die Kanzlerkandidatin stürzen? Existiert für die Sozialdemokraten ein sachliches Motiv, die Herren Wulff oder Stoiber oder Koch einer Frau Merkel vorzuziehen? Oder hat die Ablehnung einer Kanzlerin etwa mit ihrem Geschlecht zu tun? Geht es hier in Wahrheit nicht um Sachfragen, sondern um die symbolische Liquidierung des Anspruchs von Frauen auf Führung?

Wenn das so ist, wäre das für alle Frauen alarmierend, egal welche Partei sie wählen. Wir – Frauen wie Männer – erwarten 87 Jahre nach Erringung des Frauenstimmrechtes von allen deutschen Parteien, dass sie einer potenziellen Kanzlerin mit derselben Fairness und demselben Respekt begegnen wie einem Kanzler.

Gegen die sexualpolitische Gegenaufklärung in NRW

„Mit Vielfalt umgehen. Sexuelle Orientierung und Diversity in Erziehung und Beratung“ heißt die sehr empfehlenswerte Broschüre eines Bildungsprojektes aus fünf

europäischen Ländern. Die Publikation enthält Angebote für die Jugendbildungsarbeit zu Themen wie Homo- und Bisexualität, Coming-out und zum möglichen Umgang mit Homophobie in multi-ethnischen Kontexten. Geschichten wechseln sich ab mit Hintergrundinfos und pädagogischen Werkzeugen.

Das Schulministerium in Nordrhein-Westfalen, unter Rot-Grün noch federführend am Projekt beteiligt, will das Werk nun mit dieser Erklärung aus der Schule verbannen: "Wir tolerieren jegliche Lebensformen, wollen aber keine Werbung für bestimmte sexuelle Ausrichtungen machen."

Angesichts der für viele erdrückenden heterosexuellen Norm im Alltag - einer permanenten Gratiswerbung für ebendiese Normalität - wäre eigentlich Hohngelächter angebracht. Allein, die Sache ist zu ernst, weil die Argumentation der CDU/FDP-Regierung einen sexualpolitischen Backlash erwarten lässt, der nach einem Regierungswechsel im Bund umfassend zu werden droht: "Wir dürfen unseren Kindern nicht das Gefühl geben, dass schwul oder lesbisch zu sein bald Pflicht wird", tönt es realitätsfern aus dem Ministerium, so als stünde eine Diktatur der Homos vor der Tür. Untersuchungen (z.B. des Niedersächsischen Sozialministeriums) zeigen stattdessen, dass mindestens ein Viertel aller Schwulen bereits wegen ihrer Sexualität gewaltsamen Übergriffen ausgesetzt waren. Die Dunkelziffer ist hoch, und über den emotionalen Druck, unter den Jugendliche aufgrund homophober Angriffe geraten, weiß die zensierte Broschüre eindringliche Geschichten zu erzählen. Normal ist in dieser Gesellschaft Heterosexualität - sowie die Verhöhnung als „schwule Sau“ oder das Verschweigen lesbischer Sexualität. Der Ministeriumssprecher hat bereits angekündigt: "Das Handbuch wird in der Schule zukünftig keine mehr Rolle spielen." (taz, 29.7.2005). Die Homepage des Projektes wird laut Informationen des Lesben- und Schwulenverbandes NRW von der dortigen Regierung blockiert. Wir haben Angst vor dieser regierungsamtlichen Stimmungsmache und Zensur. Aber wir sind auch wütend über die Ignoranz und spie-

ßig-muffige Homophobie, die in der Maßnahme zu Ausdruck kommt. Gleichzeitig sind wir voller Hoffnung, dass viele dagegen protestieren werden, dass diese Entscheidung zurück genommen wird und die Einsicht Oberhand gewinnt, dass sexualpolitische Rückschritte nicht zum politischen Konsens werden dürfen.

Dissens e.V. - Beratung, Bildung und Forschung zur Förderung der Geschlechterdemokratie, Allee der Kosmonauten 67, 12681 Berlin, Tel +49 30 54 98 75 30, Fax +49 30 54 98 75 31

Hände weg von § 173 StGB! Kinder vor Inzestschäden und sexualisierter Gewalt schützen

Presseinformation

Metzingen, 19. September 2005 Zur Absicht der Anwälte des so genannten Inzestpaares aus Zwenkau bei Leipzig, vor dem Bundesverfassungsgericht das Inzestverbot zu kippen, erklären **M.E.L.I. N.A. e.V.** und die **Lobby für Menschenrechte e.V.:**

Der so genannte Beischlaf zwischen Verwandten ist keineswegs zufällig in unserem Strafrecht verankert (§ 173 StGB). Er hat eine doppelt vitale Funktion:

1. Schutz vor Missbildungen.
2. Schutz vor sexualisierter Miss-handlung.

Damit kommt ihm eine hohe Bedeutung durch die in unserer Verfassung garantierten Grundwerte zu: Menschenwürde, Recht auf körperliche Unversehrtheit u.v.m.

Auch das Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989 (UN-Kinderkonvention) soll Kinder vor Gewalt und Schaden schützen. Die Bundesregierung hat diese Konvention unterzeichnet. Seit dem 5. April 1992 ist sie für Deutschland verpflichtend.

Jedwede Bemühung, diesen Paragraphen abzuschaffen, ist unverantwortlich und menschenverachtend.

Kinder, die aus "inzestuösen Verhältnissen" entstehen, sind in hohem Maße gefährdet. Unter anderem durch angeborene Blindheit, Deformierungen der Atemwege,

der inneren Organe, sowie Kiefer-, Knochen- und Muskelschwächen bis hin zu fehlenden Organen. Manche Inzestgeborene überleben nur dank und für die Dauer des Einsatzes intensivmedizinischer Betreuung (künstliche Beatmung und Ernährung) und sind aus eigener Kraft gar nicht überlebensfähig.

Die überlebenden, nicht körperlich geschädigten Kinder sind durch psychische und psychologische Belastungen - hohe Tabuisierung und/oder Feindseligkeit ihres sozialen Nahraumes - gefährdet. Diese Belastungen "begleiten" sie meist ihr ganzes Leben lang in negativer Weise. Wenn sie selbst Kinder bekommen, müssen sie obendrein mit der berechtigten Angst leben, ob *diese* nicht körperliche Inzestschäden haben werden.

Kinder, die von Vater, Mutter, einem Großelternanteil oder Bruder sexualisiert misshandelt werden, würden durch die Abschaffung des § 173 StGB noch weniger Chancen auf Hilfe und Aufdeckung haben, als dies ohnehin der Fall ist. Damit wäre zusätzlich der § 176 StGB betroffen. Soll dieser Paragraph dann auch noch aufgeweicht werden? Für die zunehmend mächtiger werdenden und immer besser vernetzten pädokriminellen Kreise wäre dies sicher ein "Gewinn".

Vor diesem Hintergrund fordern **M.E. L.I.N.A. e.V.** und die **Lobby für Menschenrechte**:

Das Vorantreiben der Ent-Tabuisierung der Gewalt gegen Kinder durch den so genannten Inzest. Sprechtabus müssen aufgehoben werden.

Aufklärung muss endlich stattfinden. Denn: In der Lebenswirklichkeit von Inzestopfern geht es bei Inzest nicht - wie von manchen Kreisen so gerne verbreitet - um eine "freie Sexualität" oder eine etwaige "Volksgeundheit", sondern um das Erleben von Gewalt. Dies mit kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen für die Opfer und die gesamte Gesellschaft.

So etwas kann man nicht schrittweise normalisieren und dann legalisieren!

www.melinaev.de

www.lobby-fuer-menschenrechte.de

Postkartenaktion: "Ehre ist für die Freiheit meiner Schwester zu kämpfen!"

Nach der Ermordung von Hatun Sürücü in Berlin im Februar 2005 - vermutlich durch ihre Brüder - entstand diese Postkarte: "Ehre ist für die Freiheit meiner Schwester zu kämpfen".

Der Mord hat eine Stimmung unter MigrantInnen an die Öffentlichkeit gebracht, wie sie von Jugendlichen der zweiten und dritten Generation sein langem erlebt und praktiziert wird. Viele Jugendliche aus Problemkiezen wie dem Rollbergviertel identifizieren sich freiwillig oder notgedrungen mit dem **Ziel ihrer Eltern: "Werdet nicht wie die Deutschen!"** Im Kern geht es bei dieser Ablehnung der westlichen Lebensweise um die Geschlechterrollen, die sexuelle Selbstbestimmung und die Freiheiten, die Mädchen und Jungen gleichberechtigt wahrnehmen können.

Mit einer- sich im Rollbergviertel ausbreitenden- populistisch-fundamentalistischen Interpretation des Islam und der rigiden Auslegung der Scharia ist es Kindern und Jugendlichen nicht mehr möglich in dieser Gesellschaft anzukommen und ihre Vorzüge und Chancen für sich zu realisieren. Wie weit Jugendliche sich westlichen demokratischen Werten öffnen, ist sehr unterschiedlich. Neben der zu beobachtenden ideologischen Verhärtung und Abgrenzung gibt es immer auch Jugendliche, die sich von zumindest innerlich von diesen Denk- und Handlungsmustern distanzieren: Jugendliche mit Migrationshintergrund, die nicht gewalttätig sind und deshalb kaum auffallen, Jugendliche, die die westlichen Freiheiten nutzen wollen, ohne zu wissen, wie sie das unter der harten Kontrolle der eigenen Community machen sollen, Jugendliche, die sich vielleicht in Schulklassen und Cliquen oder in ihren Familien nicht offen zu äußern wagen, weil es überall an Rückhalt mangelt und sie ihr Recht auf ein selbst bestimmtes Leben nicht wahrnehmen können.

Auch die Jugendarbeit und Gewaltprävention richtet sich oft an die Gruppe der Gewalt auffälligen Jungen und

spart Genderfragen aus. An der Integration interessierte Jungen, die nicht dem Bild des Frauenverachtenden, gewaltbereiten Jugendlichen entsprechen wollen, fanden damit vergleichsweise weniger Unterstützung.

Die Ermordung von Hatun Sürücü war für die Mädchen und Jungen im MaDonna-Mädchentreff ein Schock. Viele Gespräche über Freiheit, Ehre, Partnerschaft und Geschlechterrollen folgten.

Für alle Beteiligten war bald zweierlei klar: 1. Wir wollen etwas unternehmen, gegen die Unterdrückung der Mädchen, gegen das Morden. 2. Wir werden nur Erfolg haben, wenn längerfristig auch Jungen (bzw. Männer), nämlich die, die die westliche Selbstbestimmung leben wollen, zur öffentlichen Unterstützung gewonnen werden. Denn den **Jungen** wird in vielen Migrantenfamilien eine gewalttätige **Rolle als "Aufpasser ihrer Schwestern"** aufgebürdet; sie brauchen Anregung und Unterstützung, sich davon zu befreien.

Nachdem unsere Postkarten gegen Zwangsheirat im Jahre 2004 so erfolgreich waren, lag der Gedanke nahe, wieder eine Postkartenaktion zu beginnen.

Funda Biter (21) und Cigdem Kasanci (20) übernahmen die Koordination und gewannen in vielen Diskussionen über das Vorgehen die vier Jugendlichen dazu, sich öffentlich zu zeigen.

Das schwedische Projekt **Sharaf Hjältar**, das nach einem Ehrenmord in Schweden an die Öffentlichkeit trat, lieferte die Inspiration. Deren Motto "Mut ist für die Freiheit meiner Schwester zu kämpfen" wurde für die Berliner Verhältnisse verändert zu "Ehre ist für die Freiheit meiner Schwester zu kämpfen", denn das Verständnis von Ehre wurde nach dem Mord an Hatün Sürücü von vielen Jugendlichen diskutiert.

Mehrere Fotosessions folgten. Es dauerte, bis ein Foto-Motiv fotografiert und ausgewählt war, mit dem alle Beteiligten zufrieden waren. Die zwei Jungen auf der Postkarte, Sinan (17) und Saytan (17) haben großen Mut bewiesen, indem sie bereit sind, für eine breite Öffentlichkeit Farbe zu bekennen, auch auf das Risiko hin, dass andere Jugendliche sie jetzt kritisieren

oder gar bedrohen. Zweimal wurden Jungen, die als Freunde der Mädchen den Mädchentreff besuchen, von selbsternannten "Sittenwächtern" zusammengeschlagen, die den Treff zu kontrollieren versuchen. Mädchen die einen Freund haben, gelten als Huren, während Jungen, die zu ihrer Freundin nett sind, als "Schwuchteln" beschimpft werden. Güner Y. Balci & Gabriele Heinemann (Sommer 2005).

www.madonnaedchenpower.de

Europäische Politik zur Gleichstellung von Frauen und Männern ist in Gefahr!!! Petition

Dies ist die Bitte um Unterstützung einer breiten und internationalen Aktion zur Sicherung von Ressourcen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in Europa.

Organisiert wird diese Aktion von unabhängigen Gleichstellungs- und Frauenorganisationen Europas.

JEDE STIMME ZÄHLT!

In der kommenden EU-Programm-Periode 2007 – 2013 soll es nach derzeitiger Planung nur mehr minimalistische EU-Programme zur Gleichstellung von Frauen und Männern geben. Innovative Frauenpolitik und –förderung sowie Aktionen zur Gleichstellung werden von EU-Ebene großteils auf nationale Ebene verlagert.

Mit dem Argument der Vereinfachung und Rationalisierung der derzeitigen Programme legt die Kommission ein einziges integriertes Programm für Beschäftigung und soziale Solidarität (PROGRESS) vor, das für den Zeitraum 2007 bis 2013 gilt und vier Aktionsprogramme, mit denen derzeit die sozialpolitische Agenda umgesetzt wird, sowie eine Reihe von Haushaltslinien, die die Arbeitsbedingungen betreffen, umfasst.

Das Programm umfasst fünf Politikbereiche:

- Beschäftigung
- Sozialschutz und soziale Integration
- Arbeitsbedingungen

- Nichtdiskriminierung und Vielfalt
- Gleichstellung der Geschlechter

Zur Umsetzung des Programms schlägt die Kommission lediglich ein Finanzvolumen von 628,8 Millionen EURO für die gesamte Programmlaufzeit und einen Kofinanzierungssatz von nur 80% der Gesamtkosten der EmpfängerInnen der Finanzhilfe vor, was für den gesamten Bereich offensichtlich zu wenig ist. (Zum Vergleich: Mehr als 3 Milliarden € waren z.B. dem Kampf gegen die Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt im Rahmen von EQUAL gewidmet!!!)

Im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter im Rahmen von PROGRESS hat die Kommission die Mittel, die eigentlich für diesen Politikbereich zur Verfügung stehen müssten, vorab von 107,25 Mio. € auf 54,55 Mio. € gekürzt. (Diese Kürzung entspricht dem veranschlagten Budget für das geplante Europäische Gender Institut, dessen Einrichtung gemäß dem Beschluss des Europäischen Rats haushaltsneutral zu erfolgen hat)

Wir lehnen die Schaffung eines einzigen Instruments für soziale Fragen ab und fordern die zuständigen Gremien und Ausschüsse der Europäischen Union auf, eine angemessene Finanzierung eines eigenen Programms zur Erreichung der Gleichstellung von Frauen und Männern zu gewährleisten!

Dieses Programm muss die modellhafte Implementierung von Gender Mainstreaming und die Entwicklung und Umsetzung innovativer Frauenförderansätze weiterhin garantieren!

Wenn die Europäische Union nicht ausdrücklich Ressourcen in allen Fonds dafür sichert und spezielle Programme zur Verfolgung des Gleichstellungsziels durchführt, droht die Gefahr, dass Projekte und innovative Maßnahmen zur Gleichstellung von Männern und Frauen nicht mehr die nötigen Ressourcen und Möglichkeiten zur Verfügung haben werden.

Mehr als die Hälfte der Menschen in Europa sind Frauen. Sie sind nachweislich (s. z.B. Mitteilung der KOM – Sozialpolitische Agenda, BXL 9.2.05, S. 12) in allen Län-

dern und allen Politikbereichen von Benachteiligung betroffen.

Wir – Frauen und Männer Europas - beobachten und beurteilen diese Entwicklung sehr kritisch und fordern das EU-Parlament und die Kommission auf, die bisherige gelungene Gleichstellungspolitik auszuweiten, Transnationalität weiter zu gewährleisten und die Verantwortung keinesfalls nur den Nationalstaaten „nach Belieben“ zu überlassen.

So können Sie an der Petition teilnehmen:

Bitte klicken Sie hier:

<http://www.europarl.eu.int/parliament/public/petition/submit.do?language=DE>

Sie werden zur Homepage des Europäischen Parlaments geleitet.

Füllen Sie das Petitionsformular aus

Schreiben Sie in das Textfeld „Gegenstand Ihrer Petition“:

Ich fordere die Weiterführung der Politik zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf Europäischer Ebene

Fügen Sie die Forderungen in das Textfeld „*Wortlaut Ihrer Petition*“ ein:

Wir fordern

- die Schaffung einer eigenen Haushaltslinie zur Verfolgung der Gleichstellung von Frauen und Männern in Europa

- die angemessene Finanzierung eines eigenen Programms zur Erreichung der Gleichstellung von Frau und Mann

- eine neue Finanzierung für das künftige Europäische Gender Institut, die nicht in das Programm PROGRESS einbezogen werden soll!

- nachweislich die Überprüfung, dass im Rahmen aller Fonds und aller Programme in allen Planungs- und Umsetzungsstadien die Genderperspektive eingenommen wird und Gleichstellungsziele verfolgt werden

Drücken Sie auf „absenden“

Wir hoffen, dass die Aktion breit unterstützt wird!

Netzwerk der Wirtschaftsweiber

Wirtschaftsweiber e.V. ist ein Netzwerk von und für Lesben, die in allen Bereichen

und in den unterschiedlichsten Positionen der freien Marktwirtschaft tätig sind.

Was wir tun:

Innerhalb des Netzwerks Wirtschaftsweiber e.V. erhalten wir Informationen, geben unsere beruflichen Erfahrungen weiter und schaffen ein Forum zum Austausch mit Lesben aus anderen beruflichen Zweigen. In den drei- bis viermal jährlich stattfindenden Workshops behandeln und präzisieren wir Themen aus dem täglichen Berufsalltag und finden die Möglichkeit, unser berufliches (und persönliches) Wachstum weiterzuentwickeln.

Konkrete Schritte zum Aufbau und zur Verbesserung unseres Berufslebens sollen durch Wirtschaftsweiber e.V. initiiert und ermöglicht werden. Führungsfragen, Karrierestrategien und Wissensvermittlung durch Expertinnen stehen gleichberechtigt nebeneinander. Kontakte und Coachings können aus den Workshops entstehen. Wirtschaftsweiber e.V. freut sich über alle Lesben, die Interesse am Netzwerk haben. Nehmen Sie doch einfach Kontakt zu uns auf!

Wirtschaftsweiber e.V.

Postfach 90 11 29

81511 München

E-Mail: kontakt@wirtschaftsweiber.de

Themen

Femme Globale: Geschlechterperspektiven im 21. Jahrhundert

Von **Barbara Unmüßig**.

Frauen- und Geschlechterpolitik hat national wie international heute eher einen schweren Stand. Trotz aller Erfolge in der Gleichstellungspolitik in den letzten beiden Jahrzehnten sehen die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Indikatoren für mehr Gleichberechtigung der Geschlechter nicht gut aus. In vielen Teilen der Welt ist das allgemeine politische Klima von einer neokonservativen Mobilmachung gegen Frauenrechte bestimmt. Als die Frauenrechtskommission der UNO (CSW = Commission on the Status of Women) Anfang März 2005 in New York die Um-

setzung der Aktionsplattform der Weltfrauenkonferenz von Peking 10 Jahre danach bilanziert hat, ergab sich ein heterogenes und widersprüchliches Bild. Fortschritt, Stillstand und Rückschritt so lässt sich das Ergebnis der Bilanz abstrakt charakterisieren.

Erinnern wir uns: Die UN-Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 war ein Meilenstein in der Geschichte der internationalen Frauenpolitik und weltweit Auslöser für zahlreiche staatliche Initiativen für mehr Gleichstellung der Geschlechter. Es war gelungen, mit einer Vielzahl von zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren einen historischen Konsens zu erreichen, dass Frauenrechte Menschenrechte sind, dass Geschlechtergerechtigkeit eine Grundvoraussetzung für soziale und ökologisch gerechte Entwicklung darstellt, sie ein konstituierendes Element von Demokratie sein muss und dass alle Länder sich zu systematischer und staatlicher Frauen- und Geschlechterpolitik verpflichten. Frauenrechtlich betrachtet war dies das Zwischenergebnis des schon Jahrhunderte laufenden Projekts, die Ausgrenzung von Frauen aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zu überwinden.

Der Beginn der 90er Jahre war von der großen Hoffnung geprägt, dass die UNO nach dem Ende des Kalten Krieges der zentrale Ort sein könnte, globale Herausforderungen wie Klimawandel und Umweltzerstörung, Hunger und Armut, die massiven Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern, die soziale Kluft in und zwischen den Nationen politisch zu bearbeiten und dafür normative Grundlagen sowie neue völkerrechtsverbindliche Regeln und Standards zu setzen. Mit der Konferenz „Umwelt und Entwicklung“ in Rio de Janeiro 1992 begann unter der Ägide der UNO ein internationaler Konferenzmarathon, der mit dem Welternährungsgipfel in Rom 1996 zu Ende ging. Beinahe nahtlos daran an schlossen sich die UN-Bilanzkonferenzen (+5). Die UNO öffnete ihre Türen in einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß für die verschiedensten zivilgesellschaftlichen Organisationen und begründete damit auch die Hoffnung nach mehr partizipatorischer Einflussnahme auf die Entscheidungsfindung der Re-

gierungen, die bei den UN-Konferenzen verhandeln.

Die neue internationale Frauenbewegung und Frauennetzwerke weltweit haben auf diese Hoffnungen gesetzt, und diese neuen Spielräume im Rahmen der UN-Konferenzen durch Positionspapiere und neue Politikformen wie intensiver Lobbyarbeit, Eingaben zu konkreten Verhandlungsdokumenten und vieles mehr zu nutzen versucht. Die starke Präsenz von Frauen hat mit Sicherheit vermocht, frauenpolitische Themen auf die Tagesordnung aller UN-Konferenzen der 90er Jahre zu setzen, das Problembewusstsein für Rechtlosigkeit, Diskriminierung und für die wirtschaftliche und politische Ausgrenzung von Frauen weltweit zu schärfen.

Nachhaltige Erfolge und grundlegende Ratlosigkeit

- Frauen haben sich Terrain auf der politischen wie der wirtschaftlichen Ebene erobert. In den vergangenen 25 Jahren haben Frauen in den Bereichen Bildung und Gesundheit deutlich aufgeholt, und die Einkommensschere zwischen den Geschlechtern hat sich ebenfalls merklich verringert.
- Im Kontext wirtschaftlicher Globalisierung hat sich außerdem auf fast allen Kontinenten die Erwerbsquote von Frauen erhöht, und neue, attraktive und überlebensnotwendige Frauenarbeitsplätze bzw. Einkommensquellen für Frauen sind entstanden.
- Die größten Gleichstellungsfortschritte werden im Bildungsbereich verbucht. Mädchen haben bei der Einschulung in vielen Ländern mit Jungen gleichgezogen. In vielen Industrieländern haben mittlerweile Mädchen sogar die besseren schulischen und universitären Abschlüsse (was sich nicht unbedingt in bessere Beschäftigungsmöglichkeiten umsetzt).
- Einige Verbesserungen gibt es auch bei der Partizipation von Frauen in institutioneller Politik, in der Wissenschaft und in der Wirtschaft. Die Repräsentanz von Frauen in Parlamenten stieg innerhalb der letzten zehn Jahre von 11 auf 15 Prozent. In Internationalen Organisationen wie der Weltbank und der UNO wurden wichtige institutionelle Weichenstellungen zur politi-

schen und sozialen Gleichstellung von Frauen und Männern vorgenommen, die weltweit Auswirkungen haben (vgl. die Antidiskriminierungskonvention CEDAW).

Bei allen Erfolgen, die Frauen als Akteurinnen sozialen Wandels vorangetrieben haben, prägen jedoch Diskriminierung und Benachteiligung von Frauen in allen Regionen der Welt nahezu sämtliche Bereiche des politischen und gesellschaftlichen Lebens.

Art und Ausmaß der Diskriminierung variieren pro Land erheblich, allerdings sind die meisten Frauen von ähnlichen Formen der Ungleichheit betroffen:

- Frauen haben weniger soziale, wirtschaftliche und politische Rechte. Armutsbeseitigung wurde in der Aktionsplattform von Peking als prioritäres Ziel benannt. In Afrika und Osteuropa leben heute jedoch mehr Frauen in Armut als 1995.
- Sie haben schlechtere Einkommensmöglichkeiten und verfügen kaum über eigenen Besitz. Die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen betragen im Weltdurchschnitt heute etwa 30%, variieren dabei jedoch stark nach Ländern und Branchen. Trotz einer höheren Frauenerwerbsquote leisten Frauen weiterhin den größten Teil der gesellschaftlich unverzichtbaren und zugleich extrem unter- oder gar nicht bezahlten Sorge-Arbeit. 60 Prozent der sog. „working poor“ (Internationale Arbeitsorganisation, ILO) und 70 Prozent der weltweit Armen sind weiblich. Bei Reformvorhaben der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik spielt die Frage der Geschlechtergerechtigkeit eine noch immer untergeordnete Rolle. Das gilt gerade auch für die Bundesrepublik Deutschland.
- Sie haben deutlich geringere Chancen der politischen Partizipation und besetzen deutlich weniger zentrale Machtpositionen in Politik und Wirtschaft.

Bei dieser sehr ernüchternden Bilanz bleibt zu fragen, warum internationale Geschlechter- und Frauenpolitik in der Defensive ist, keine wirkliche Lobby bei den Regierungen hat. Rechtliche Errun-

genschaften und normative Weichen wie sie die Aktionsplattform von Peking 1995 markierte, werden immer wieder durch religiöse wie politische Fundamentalisten in Frage gestellt und streitig gemacht wird. Ein politischer Erfolg ist es schon, wenn solche Angriffe unter anderem durch die USA wie zuletzt bei der Sitzung der Commission on the Status of Women in New York im März 2005 abgewehrt werden.

Institutionalisierte Geschlechterpolitik ein Erfolg?

Die internationalen Frauenbewegungen und Frauennetzwerke weltweit haben in den letzten zehn Jahren verstärkt auf institutionelle Veränderungsprozesse und vor allem auf die UNO als Referenzrahmen gesetzt. Doch auch hier ist die Ernüchterung groß. Im Kontext der UN-Reform und der Bilanzierung der UN-Konferenzen der 90er Jahre⁵ spielt die Pekinger Weltfrauenkonferenz von 1995 eine untergeordnete Rolle. Mitte September 2005 steht im Rahmen einer UN-Sondergeneralversammlung die Reform der UNO und die Zwischenbilanz der im Jahr 2000 verabschiedeten Millenniums-Entwicklungsziele (u.a. Halbierung der Armut bis 2015) auf der Tagesordnung. UN-Generalsekretär Kofi Annan hat am 21. März in seinem Bericht "In Larger Freedom", der die Grundlage für die UN-Reform ist, keine Anmerkungen zu den Herausforderungen der weltweiten Geschlechtergerechtigkeit und ihrer Umsetzung in der UN gemacht. Die starke Konzentration der internationalen Politik inklusive der Kampagnen der Nichtregierungsorganisationen auf die Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) verwässert den breiten gesellschafts- und rechtspolitischen Ansatz, den die Pekinger Aktionsplattform verfolgt. In den insgesamt acht Millenniums-Entwicklungszielen tauchen Frauen in den stereotypen Rollen bzw. als „Zielgruppen“ - Schülerinnen, Schwangere, Betroffene von Aids auf. Ökonomische und politische Geschlechtergerechtigkeit sind jedoch nicht auf einige wenige Indikatoren in der Armutsbekämpfung reduzierbar. Die Aktionsplattform von

Peking hat dagegen vermocht, Armut in den komplexen Zusammenhang armuts-erzeugender Strukturen zu stellen, die vom Versagen nationaler Regierungen bis zu ungerechten Welthandelsstrukturen reichen. Der gesamte Ansatz der Pekinger Aktionsplattform, vor allem Frauenrechte auf allen Ebenen zu stärken, kommt in den Millenniums- Entwicklungszielen nicht mehr vor. Die Hoffnung auf eine weitere Globalisierung von Frauenrechten wird damit geschwächt.

Auch die NGO-Kampagnen wie der *Global Call for Action Against Poverty* (G-CAP) sind erschreckend geschlechterblind. Bei der starken Konzentration auf die MDGs droht ernsthaft die Gefahr, dass die Aktionsplattform von Peking als politischer Referenzrahmen für Regierungen und zivilgesellschaftliche Organisationen weiter an Bedeutung verliert und die große Errungenschaft der 90er Jahre für internationale Frauenpolitik in Vergessenheit gerät.

Wider die Ratlosigkeit

Frauenbewegungen und Akteurinnen stecken nahezu überall auf der Welt in einer politischen Krise. Wie die politische Initiative zurück gewinnen? Mit welchen Strategien kann Geschlechtergerechtigkeit wieder zu einem mobilisierenden Thema werden? Hat die Strategie der institutionellen Politik wie sie über das Gender Mainstreaming verfolgt wurde nicht in eine Sackgasse geführt? Oder anders herum, wie könnte Geschlechtergerechtigkeit wieder eine Kategorie für gesellschaftspolitischen Wandel werden? Bei aller Ratlosigkeit, politisch empfundener Ohnmacht, den konstatierten Handlungsblockaden und der zersplitterten Organisation von Frauenbewegung und ihren institutionellen Kernen: die Diskussionen zur Rückgewinnung von politischem Einfluss und Macht haben begonnen. Sie sind noch zäh, mit viel kritischem Rückblick und Selbstreflexion und Differenzierung zu führen. Denn mehr denn jemals zuvor gibt es kein homogenes frauenpolitisches oder feministisches Kollektivsubjekt. Die enorme soziale und politische Ausdifferenzierung, die Hierarchien zwischen Frauen (und Männern) müssen noch mehr als Herausforderung begriffen werden. Frauen- und Geschlech-

⁵ Das Feministische Institut der Heinrich Böll Stiftung hat eine umfangreiche Dokumentation veröffentlicht: „Die großen UN-Konferenzen der 90er Jahre – eine frauenpolitische Bilanz“ über www.glow-boell.de

terpolitik kommt nicht darum herum die Heterogenität und Komplexität sozialer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, gesellschaftlicher Normen und Herrschaftsverhältnisse zu thematisieren, wenn sie wieder politische Handlungsfähigkeit zurück gewinnen will. Ihre Nicht-Thematisierung der letzten Jahre fällt vor allem Frauen auf die Füße.

Mit dem Leitbild *Geschlechterdemokratie*⁶ versucht die Heinrich Böll Stiftung seit einigen Jahren und gemeinsam mit ihren Partnern und Partnerinnen weltweit einen Beitrag zur Veränderung bestehender Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern zu leisten und für gleichberechtigte politische und wirtschaftliche Teilhabe sowie für die Umsetzung der Menschenrechte zu streiten.

Zehn Jahre nach Peking laden wir vom 8. bis 10. September zu einem internationalen Kongress „Femme Globale: Geschlechterperspektiven im 21. Jahrhundert“ in die Humboldt Universität nach Berlin ein. Das Programm und weitere Informationen finden sich (Infos über www.glow-boell.de).

Geschlechterdemokratie thematisch verankern

Mit dem internationalen Kongress will die Stiftung ihr Leitbild Geschlechterdemokratie entlang zentraler gesellschaftspolitischer Themen wie globaler Arbeitsmarktpolitik, Menschenrechte und Fundamentalismen, Bio- und Wissenschaftspolitik, Gender und Sicherheit bearbeiten. Was bedeutet es für die Programmatik der Zukunft, diese gesellschaftspolitisch heiß umkämpften Handlungsfelder ernsthaft und glaubwürdig im Sinne von Geschlechtergerechtigkeit „durchbuchstabieren“?

Der Anspruch, mit Hilfe von Gendermainstreaming in jedes politische Thema oder Ressort eine Frauen- bzw. Geschlechterperspektive einzubringen, ist – allen guten Beispielen zum Trotz - nicht unbedingt umzusetzen geglückt. Auch die Heinrich Böll Stiftung steht hier vor einer stetigen Herausforderung. Geschlechter-

demokratie wollen wir zu einem lebendigen und politisch interventionsfähigen Konzept machen. Mit dem Kongress wollen wir einen Ort des Austauschs und der Strategiebildung schaffen. Geschlechtergerechtigkeit ist ein Aushandlungsprozess – gesellschaftlich und privat. Dazu braucht es Ideen und Verbündete auf allen Ebenen. „Femme Globale“ Anfang September kann dafür ein Ort sein.

Barbara Unmüßig ist im Vorstand der Heinrich Böll Stiftung

Nachrichten

Großbritannien: Aus für brutale Sexfotos im Netz

Regierung plant Gesetz gegen Gewaltbilder

London (pte/31.08.2005/14:02) - Die britische Regierung <http://www.homeoffice.gov.uk> hat der Planung eines Gesetzes gegen gewalttätige sexuelle Bilder im Internet zugestimmt. Ziel sei Downloads, sowie Besitz brutaler Sexfotos aus der Netzwelt zu verbannen. Zustimmung für das geplante Gesetz gab es seitens der Polizei und Anti-Pornographie-Aktivisten. Vertreter von Gruppen zur freien Meinungsäußerung sehen darin allerdings die Gefahr von Zensur und stehen dem direkten Zusammenhang zwischen Gewaltfotos und gewalttätigem Verhalten äußerst kritisch gegenüber, berichtet die New York Times. Der aktuellen Diskussion über eine derartige gesetzliche Regelung war der Mordfall an der Britin Jane Longhurst vor zwei Jahren vorausgegangen. Sie war von ihrem Mann, der von gewalthaltiger Internetpornographie besessen war, stranguliert worden. Der britische Innenminister Paul Goggins sagte dazu, dass die Regierung die Pflicht verspüre, Fällen wie jenen von der Ermordung Jane Longhursts vorzubeugen. "Das ist Material, das auf den Großteil der Bevölkerung extrem anstößig wirkt und es sollte keinen Platz in unserer Gesellschaft haben", so Goggins. Der Besitz von "extrem pornographischem Material, das graphisch und sexuell explizit ist und realistische Darstellungen ernsthafter

⁶ Download des Konzepts „Die Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie in der Heinrich Böll Stiftung“ www.boell.de

Gewalt, Brutalität oder Nekrophilie enthält", soll untersagt werden.

Diese Gesetzgebung wäre laut britischem Innenminister die erste derartige in einer westlichen Nation. Das Strafmaß für Verurteilte könnte bis zu drei Jahren Gefängnis bedeuten. In Österreich werden Delikte in diesem Bereich derzeit über das Strafrecht geregelt. Darin sind Normen festgehalten, die bestimmte Abbildungen verbieten und auch in Bezug auf das Internet anwendbar sind. Ein spezielles Internetrecht gibt es nach Auskunft von Rechtsanwalt Dr. Albrecht Haller gegenüber presstext nicht.

Gewaltdarstellungen in Zusammenhang mit sexuellen Handlungen seien auch durch das Pornografiegesetz, ein Nebenstrafgesetz, geregelt und weit genug gefasst, um Internetangelegenheiten abzudecken, so Haller. Ein generelles Verbot für derartige Fotos wäre verfassungsrechtlich problematisch, da die Meinungsäußerungsfreiheit schnell verletzt werden könnte.

Noch ist die Regierung in Großbritannien weit davon entfernt, den Antrag auch in ein Gesetz umzuwandeln. Die Pläne müssen zunächst in einen Gesetzesentwurf verarbeitet und schließlich vom Parlament beschlossen werden, bevor sie in Kraft treten können. Derzeit kümmert sich unter anderem die Internet Watch Foundation <http://www.iwf.org.uk>, eine von der Industrie finanzierte Überwachungsorganisation, um derlei Angelegenheiten und ermutigt Internetuser dazu, illegale Inhalte zu melden. Allerdings würde das meiste obszöne Material aus den USA stammen und dagegen kann man in Großbritannien nicht vorgehen, heißt es von der Organisation.

<http://www.pressetext.de/pte.mc?pte=050831027>

Malaysia: Kampf gegen Handy-Pornos

Zensur und Strafen für nicht-konforme Inhalte.

Kuala Lumpur (pte/31.08.2005/08:20) - Die malaysische Regierung hat die Polizei angewiesen, Mobiltelefone stichprobenartig auf pornographische Bilder zu überprüfen, berichtet die BBC. Die malaysische

Zeitung Harian Metro http://www.emedia.com.my/Current_News/HM/hmrevamp hatte berichtet, diese Bilder dann per Handy austauschen. Der Innenminister Malaysias, Noh Omar, ist besorgt, dass sich diese Praxis ausbreitet, und hat die Polizei zur strengen Kontrolle angewiesen. Wenn sie ein Bild oder eine Filmsequenz findet, muss diese sofort gelöscht werden. Pornographie ist in Malaysia illegal, selbst Kusszenen werden im Fernsehen zensuriert. Die Regierung des mehrheitlich muslimischen Landes bestraft den Besitz von pornographischem Material mit 50.000 Ringgit (etwa 10.800 Euro) und maximal fünf Jahren Gefängnis. Auch Internet-Cafes werden kontrolliert und bestraft, wenn ihre Kunden Pornos herunterladen. Wer ein Cybercafe in Malaysia eröffnen will, muss erst eine Kaution von rund 4.000 Euro hinterlegen, wird ein Gast beim Besuch von pornographischen oder nicht regierungskonformen Seiten erwischt, verliert der Besitzer seine Kaution. Von der Opposition in Malaysia wurden die neuen Medien als einziges Medium zur Massenkommunikation genutzt, da die konventionellen Medien strenger Zensur unterliegen. Nachdem Malaysia aber strikt gegen nicht-konforme Inhalte vorgeht, befinden sich viele oppositionelle Inhalte auf Servern außerhalb des Landes. Die Regierung Malaysias arbeitet im Gegensatz dazu massiv an der Verbreitung des Internets. Bis 2020 will Malaysia die "Vision 2020 Mahathiers" erreichen. Bei diesem Programm, das Malaysia zu einer der führenden Industrienationen machen soll, spielt der Informationstechnologie-Sektor eine zentrale Rolle. (Ende)

<http://www.pressetext.de/pte.mc?pte=050831006>

Länderkammer möchte Zwangsheiraten stärker bekämpfen

Mit einem Gesetzentwurf des Bundesrates (15/5951) soll Zwangsheirat wirksamer bekämpft und im zivilrechtlichen Bereich die Rechtsstellung der Opfer von Zwangsehen gestärkt werden. Auch in Deutschland stellten Rechtsanwälte, Lehrkräfte, Beratungsstellen und Frauenhäuser

vermehrt Zwangsheiraten bei Einwanderern fest.

Eine Zwangsheirat liege dann vor, wenn mindestens einer der zukünftigen Ehepartner durch eine Drucksituation zur Ehe gezwungen werde, heißt es in dem Papier. Davon seien in der überwiegenden Zahl Mädchen und junge Frauen betroffen. Der Entwurf sieht vor, im Strafgesetzbuch einen neuen Tatbestand zu schaffen, der denjenigen mit einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren bestraft, der eine andere Person mit Gewalt oder durch Drohung "mit einem empfindlichen Übel" zur Eheschließung nötigt. Im Zivilrecht sieht der Entwurf vor, die Antragsfrist für die Aufhebung der durch Zwangsheirat zustande gekommenen Ehe von einem auf drei Jahre zu verlängern. Begründet wird dies damit, dass gerade in der ersten Zeit nach dem Eintreten der zumeist als traumatisch empfundenen Zwangslage der genötigte Ehegatte oft emotional nicht in der Lage sei, die Aufhebung der Ehe zu betreiben.

Auch im Unterhalts- und Erbrecht plant die Länderkammer Änderungen zugunsten der von Zwangsheirat Betroffenen.

Der Bundesrat weist darauf hin, dass die unter Zwang verheirateten Mädchen und jungen Frauen vor allem aus türkischem oder kurdischem Umfeld stammten. Betroffen seien aber auch Albanerinnen, Pakistanerinnen, Inderinnen oder Marokkanerinnen.

Dabei sei das Phänomen der Zwangsheirat aber nicht auf den islamischen Kulturkreis beschränkt. Es seien auch Fälle aus Süditalien oder Griechenland bekannt geworden. Von Zwangsheirat in Deutschland seien vor allem minderjährige Mädchen betroffen.

Die Zwangsverheiratung sei oft der Versuch, die eigenen Töchter zu disziplinieren, die in westlichen Gesellschaften aufwachsen und sich nicht mehr in alte Traditionen fügen wollen. Es gehe hier um die Beibehaltung der traditionellen Machtverhältnisse in der Familie. Über das Ausmaß von Zwangsheirat habe man allerdings deutschlandweit kaum gesicherte Daten. Die Bundesregierung macht unter anderem deutlich, dass das geltende Recht - vor allem die durch das Strafrechtsände-

rungsgesetz erfolgte Aufnahme der Zwangsverheiratung als Regelbeispiel des besonders schweren Falls einer Nötigung - keine Strafbarkeitslücke für einschlägiges strafwürdiges Verhalten aufweist. Sie werde gleichwohl aber prüfen, ob durch die Einführung eines eigenen Straftatbestandes dem Kampf gegen die Zwangsheirat besser Rechnung getragen werden kann. Die Regierung wendet sich jedoch gegen den Vorschlag, die Antragsfrist zur Eheaufhebung von einem Jahr auf drei Jahre zu verlängern.

Die Jahresfrist diene dazu, im Interesse der Ehegatten und der Allgemeinheit möglichst bald Klarheit über den Fortbestand einer aufhebbarer Ehe zu schaffen.

*Quelle: Deutscher Bundestag * Pressezentrum, Platz der Republik 1 * 11011 Berlin*

Perspektiven für Frauen am Arbeitsmarkt verbessern sich nur langsam

Frauen weisen nach wie vor andere und teilweise ungünstigere Erwerbsbiographien auf als Männer. Ihre Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt verbessern sich nur langsam. Dieses Fazit zieht die Bundesagentur für Arbeit (BA) in einer aktuellen Untersuchung zur Entwicklung der Chancengleichheit von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt in den Jahren 2002 bis 2004.

Bereits die Wahl des Ausbildungsberufes wird von tradierten Rollenbildern beeinflusst: Junge Frauen bewerben sich vor allem in Dienstleistungsberufen (u.a. Friseurin und Verkäuferin, Arzthelferin und Kauffrau für Bürokommunikation), hingegen kaum in Metall-, Elektro- oder Bauberufen. Interessieren sich Mädchen gezielt für männertypische Berufe, werden sie trotz besserer Schulabschlüsse seltener als Auszubildende eingestellt.

Die Beteiligung von Frauen an der Gesamtbeschäftigung liegt EU-weit nur im Mittelfeld, auch wenn sie kontinuierlich angestiegen ist - von 58 Prozent im Jahr 2000 auf fast 60 Prozent 2003. Damit liegt Deutschland deutlich hinter den skandinavischen Ländern mit über 70 Prozent.

Auch Teilzeitarbeit ist weiblich. Über 80 Prozent der Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. Im Laufe des Erwerbslebens von Frauen gewinnt diese Form der Arbeitszeit an Bedeutung - überwiegend aus familiären Gründen. Männer hingegen nutzen Teilzeit vornehmlich, wenn sie in den Arbeitsmarkt eintreten oder bevor sie aus dem Erwerbsleben ausscheiden.

Die Arbeitslosigkeit hat sich bei Frauen im vergangenen Jahr ungünstiger als in den Vorjahren entwickelt: Sieben Prozent mehr Frauen als noch 2003 meldeten sich arbeitslos. Auch beendeten Frauen ihre Arbeitslosigkeit im Durchschnitt erst nach 41 Wochen, Männer bereits nach 36 Wochen.

Ziel der BA ist es, Frauen mindestens entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zu berücksichtigen. 2004 waren 41 Prozent der Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der BA Frauen - ihr Anteil lag somit leicht über dem angestrebten Ziel (von 40 Prozent). Insbesondere bei der beruflichen Weiterbildung, bei den Trainingsmaßnahmen und bei Eingliederungszuschüssen waren Frauen überproportional beteiligt. Auch Existenzgründungen von Frauen wurden vermehrt von der BA gefördert.

Die komplette Broschüre mit dem Titel "Die Entwicklung der Chancengleichheit von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt" ist nur über das Internet abrufbar, unter www.arbeitsagentur.de / Service von A-Z / Beratung und Berufswahl / Chancengleichheit. /Aktuelles

Frauen im Bildungssystem zunehmend erfolgreicher

Wie das Statistische Bundesamt zum Weltbildungstag am 8. September mitteilt, waren von den rund 9,6 Millionen Schülerinnen und Schülern, die im gerade zu Ende gegangenen Schuljahr 2004/05 allgemein bildende Schulen besuchten, rund 49% weiblich. Bei den weiterführenden Schularten besaßen Schülerinnen in Gymnasien mit 54% die Mehrheit, wäh-

rend sie in den Hauptschulen nur mit 44% vertreten waren.

Der unterschiedliche Anteil von Frauen in den weiterführenden Schulen spiegelt sich auch in den erreichten Abschlüssen wider. Von den Absolventen, die die allgemein bildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss verließen, waren rund 36% Frauen, dagegen lag ihr Anteil an den Abiturienten (Absolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife) bei 56%. Im Jahr 1994 hatte er noch knapp 54% betragen. Unter Einbeziehung auch der Abiturienten aus beruflichen Schulen lag der Frauenanteil im Jahr 2004 bei rund 53%. Dieser Anteil ist in den vergangenen Jahren ständig gestiegen, 1995 gab es erstmals mehr weibliche als männliche Abiturienten in Deutschland.

In der Berufsausbildung im dualen System (von Betrieb und Berufsschule) ist keine derartige Entwicklung zu verzeichnen. Mit rund 40% sind hier Frauen seit 1994 unterrepräsentiert. Sie durchlaufen weiterhin häufig Berufsausbildungen in Sozial- und Gesundheitsdienstberufen.

An deutschen Hochschulen war 2004 fast die Hälfte (49%) der Studienanfänger weiblich. Zwei Jahre zuvor hatten sogar mehr Frauen als Männer ein Studium begonnen (51%), der Anteil war jedoch in den Folgejahren wieder unter die 50%-Marke gesunken. Auch bei den Hochschulabsolventen stellte sich das Geschlechterverhältnis mit einem Frauenanteil von 49% fast ausgewogen dar. Hier hatte es eine deutliche Steigerung gegeben, nachdem zehn Jahre zuvor erst 41% der Jungakademiker weiblich gewesen waren.

Auf den weiterführenden Stufen der akademischen Karriereleiter nehmen die Frauenanteile mit steigendem Status und Qualifikationsniveau der Positionen allerdings kontinuierlich ab: Nur 38% der Dokortitel wurden von Frauen erworben und 23% der Habilitanden und Habilitandinnen waren weiblich. Der Frauenanteil bei den Professorinnen und Professoren stieg 2004 immerhin auf 14% und hat sich damit seit 1994 (8%) nahezu verdoppelt.

Weitere Auskünfte geben:

Für den Bereich Schulen Annemie Kehr-
ein, Telefon: (0611) 75-2537,
E-Mail: schulstatistik@destatis.de
Für den Bereich Hochschulen: Brigitte
Damm, Telefon: (0611) 75-4193, E-Mail:
hochschulstatistik@destatis.de

Termine

Sexuelle Orientierung: ein Thema „Que(e)r durch die Jugendhilfe“

Am 9.12.05 9-16.30

Ort: Berlin, Jagdschloß Glienicke, Kö-
nigstr. 36b

Eine Kooperation der sozialpädagogi-
schen Fortbildungsstätte Jagdschloß Glien-
icke und des Fachbereichs für gleichge-
schlechtliche Lebensweisen, Senatsver-
waltung für Bildung, Jugend und Sport,
Berlin

U.a. gibt es folgenden Vortrag: Lela Läh-
nemann: Lesbisch, schwul, bi-, trans-, he-
tero- sexuelle Orientierungen und Identitä-
ten in den Tätigkeitsfeldern der Jugendhil-
fe.

Auch wenn Lesben, Schwule, Bisexuelle
und Transgender-Personen heute in zahl-
reichen Talk-shows auftreten, ist es in den
Tätigkeitsfeldern der Jugendhilfe noch
nicht selbstverständlich, verschiedene
sexuelle Lebensweisen wahrzunehmen.
Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Lan-
desjugendämter hat im April 2003 einen
Beschluss gefasst, der sexuelle Orientie-
rung als relevantes Thema der Jugendhilfe
deklariert.

Anmeldung im Jagdschloss Glienicke,
Königstr. 36b, 14109 Berlin,
030/48481100

www.sensbjs.de

Gemeinsam auf verschiedenen Wegen?

Generationsverhältnisse unter Mäd- chenarbeiterinnen unterschiedlicher Epochen

Am 25.-26.09. 2006,

und am 21.-22.09. 2006, jeweils von 09:00
bis 17:00 Uhr

Ort: Jagdschloß Glienicke in Berlin
In Kooperation mit dem Sozialpädagogi-
schen Fortbildungswerk Brandenburg
(SPFW)

In den siebziger Jahren war Mädchenar-
beit eine politische Kampfansage an Teile
der Jugendhilfe. Frauen, die sich für Rech-
te von Mädchen einsetzten und sich selbst
Mädchenarbeiterinnen nannten, waren in
der Frauenbewegung aktiv. Heute sind
Mädchenarbeit und geschlechtsbewusste
Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe
gesetzlich verankert. Auch die Mädchen-
arbeiterinnen haben sich gewandelt: Jün-
gere Frauen trägt das „Feindbild Mann“
nicht mehr ungebrochen mit, sind sie doch
im Zeitalter fortschreitender Emanzipation
mit anderen Erfahrungen aufgewachsen.
Kolleginnen aus den „neuen“ Bundeslän-
dern haben wenig Bezug zu dieser histori-
schen Geschlechterpolarisierung.

Gibt es in der Mädchenarbeit einen Gene-
rationskonflikt zwischen Feministinnen mit
politischem Rückbezug auf die Frauenbe-
wegung und der jüngeren Generation der
Mädchenarbeiterinnen, die eingebettet in
die heutigen Geschlechterverhältnisse mit
Mädchen arbeiten?

In der Fortbildung werden wir „generative“
Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten her-
ausarbeiten und unterschiedliche Erfah-
rungshorizonte in der Arbeit mit Mäd-
chen reflektieren. Wir werden überprüfen, wie
diese konstruktiv für die Arbeit mit Mäd-
chen bzw. für Zielformulierungen der Mäd-
chenarbeit genutzt werden können. Ziel ist
es, sich als Akteurinnen unterschiedlicher
Altersgruppen fachpolitisch über die Per-
spektiven und Inhalte der Mädchenarbeit
auseinandersetzen.

Referentinnen: Claudia Wallner/ Claudia
Lutze

*Claudia Lutze
Pädagogische Mitarbeiterin
Sozialpädagogische Fortbildungsstätte
Jagdschloss Glienicke
Königstraße 36 B, 14109 Berlin
Tel.: 030 48 481 - 308
Fax: 030 48 481 - 313/120*

**Interdisziplinäre
Stalking - Konferenz
Forschung und Management in Fäl-
len obsessiver Verfolgung**

6.-7. Dezember 2005

Ort: Bildungsstätte des Landessportbun-
des Hessen Otto-Fleck-Schneise 4, Frank-
furt am Main

Die Stalking-Konferenz wendet sich aus-
schließlich an Personen, die beruflich mit
Stalking zu tun haben (z.B. Psychologen,
Polizeibeamte, Juristen, Mediziner, Mitar-
beiter von Beratungsstellen, Wissenschaft-
ler etc.

Programm und Anmeldung unter:

www.stalkingkonferenz.de

**MädchenZukunftswege
Internationale Fachtagung zu Lebens-
lagen und Perspektiven von Mädchen
und jungen Frauen in Europa**

10. bis 14. Oktober

Ort: Wernigerode, Schanzenhaus Aktivho-
tel, Zwölfmorgental 30

Veranstaltet von der Landesstelle Mäd-
chenarbeit LSA e.V. und der Landeszent-
rale für politische Bildung Sachsen-Anhalt.

Anmeldung:

Landesstelle für Mädchenarbeit LSA e.V.

Anhaltstr. 15, 39104 Magdeburg,

Tel: 0391/6310556

LandesstelleMaedchenarbeit@web.de

**Mädchen in der Moderne
Ungleiche Gleichheit!
Abschlussveranstaltung des nieder-
sächsischen Förderprogramm "Le-
bensweltbezogene Mädchenarbeit"**

am 11. Oktober 2005, 10-16 Uhr

Ort: Hannover, Stadtteilzentrum KroKus.

Ende Dezember 2005 wird das Förderpro-
gramm nach vierjähriger Laufzeit beendet.

Die Abschlussveranstaltung zieht eine
Bilanz, präsentiert Ergebnisse und bietet
ein Forum für aktuelle fachliche Diskurse.
Eingeladen sind interessierte Frauen und
Männer aus allen Feldern der Kinder- und
Jugendhilfe, aus Schule, Politik, Verwal-
tung und Wissenschaft.

Info und Anmeldung:

www.maedchenwelten.de

**Qualität und Wirksamkeit der
Präventionsarbeit gegen
sexualisierte Gewalt**

27. Oktober 2005, 10-16 Uhr

Ort: Wuppertal, Internationales Jugend-
und Begegnungszentrum Alte Feuerwa-
che, Gathe 6

*Eine Kooperationsveranstaltung des Pari-
tätischen NRW e.V. und des Deutschen
Kinderschutzbundes.*

Information: [beratungsstellen@paritaet-
nrw.org](mailto:beratungsstellen@paritaet-nrw.org)

Literatur

**Und was sagen
die Kinder dazu?
Gespräche mit Töchtern und
Söhnen lesbischer
und schwuler Eltern**

Autorinnen: Uli Streib-Brzic/Stephanie
Gerlach

Familienalltag in Deutschland: Zwischen
Flensburg und Passau leben laut Schät-
zungen des Berliner Senats über hundert-
tausend Kinder in lesbischen oder schwu-
len Familien – und es werden immer mehr.
Erst seit kurzem wird über Regenbogen-
familien in der Öffentlichkeit gesprochen.
Und immer wieder werden Befürchtungen
laut, Kinder, die mit homosexuellen Eltern
aufwachsen, könnten Schaden nehmen.
Dazu, so die Autorinnen des Buches, kön-
nen am besten die Kinder selbst etwas
sagen. In Und was sagen die Kinder da-
zu? kommen sie erstmals zu Wort.

Uli Streib-Brzic und Stephanie Gerlach
haben mit 36 Töchtern und Söhnen zwi-
schen sechs und 31 Jahren darüber ge-
sprochen, wie es sich so lebt mit zwei Müt-
tern oder zwei Vätern, was sie über Ma-
mas neue Freundin denken, wie
sie es finden, dass Papa zum Elternvertre-
ter gewählt wurde und wie sie zu den Hei-
ratsplänen von Mami und Mama stehen.
Ihre Geschichten sind so unterschiedlich
wie sie selbst. Sie sprechen über das, was
sie im Alltag bewegt, was sie mögen, was
sie stört und was die anderen über ihre

Familie sagen oder fragen. Sie stellen ihre FreundInnen vor und verraten uns manchmal auch ihre Wünsche und Träume. Und sie erzählen davon, dass ihre Familien eigentlich gar nicht so anders sind – oder doch völlig aus dem Rahmen fallen.

Mit einem Vorwort von Berlins Regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit.
[Uli Streib-Brzic](#) & [Stephanie Gerlach](#)

"Im Gender-Dschungel" Die Kinder- und Jugendhilfe auf neuen Wegen zur Gleichberechtigung.

Autorin: Claudia Wallner

Eine Handreichung zu Perspektiven von Mädchen- und Jungenarbeit in Zeiten von Gender Mainstreaming und zu aktuellen Gleichberechtigungsanforderungen an die Kinder- und Jugendhilfe. Hg.: Sozialpädagogische Fortbildungsstätte Jagdschloss Glienicke Berlin (SFJG), 2005; 50 Seiten

Die Arbeitshandreichung beschreibt und analysiert Perspektiven von Mädchen- und Jungenarbeit in einer Jugendhilfe, die der Strategie des Gender Mainstreaming verpflichtet ist. Ein Blick auf die Gleichberechtigungsgeschichte der Jugendhilfe führt zurück in die Anfänge feministischer Mädchenarbeit und zeichnet den Weg bis zur heutigen Genderorientierung kritisch nach. In einem weiteren Schritt wird die Genderdebatte nach- und auf die feministischen Theoriebildung von Gleichheit, Differenz und De-/Konstruktion rückbezogen, wobei die Bedeutung der Geschlechtertheorien für die Mädchenarbeit diskutiert wird.

Im dritten Teil werden ausführlich und differenziert Standards und Instrumente für die Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Kinder- und Jugendhilfe vorgestellt, wobei insbesondere die Frage nach dem Verhältnis von Mädchen- und von Jungenarbeit zu Gender Mainstreaming Beachtung findet.

Ein ausführliches Glossar und eine nach Schwerpunkten sortierte Literaturliste beschließen die Arbeitshandreichung. Hier werden die zentralen Begriffe der Genderpolitik in der Jugendhilfe definiert und voneinander abgegrenzt und aktuelle Literatur vorgestellt.

Die Arbeitshandreichung ist eine umfassende Information für alle, die sich mit der Genderperspektive in der Kinder- und Jugendhilfe beschäftigen wollen oder müssen.

Verantwortlich: Claudia Lutze, SFJG

Bestellung: SFJG, Tel: 030 48 481 - 121 / 123 oder info@fobiglienicke.verwaltung.de. kostenlos als pdf herunterzuladen beim Bildungsnetz Berlin unter:

<http://www.bildungsnetz-berlin.de/download/ImGenderdschungel.PDF>

Steuerung des Geschlechterverhältnisses politische Institution

Die Mädchenpolitik der Berufsberatung

Autorin: Helga Ostendorf

Dieses Buch richtet sich an:

InstitutionentheoretikerInnen, PolicyanalytikerInnen, ArbeitsmarkttheoretikerInnen und GeschlechterforscherInnen sowie an alle, die sich mit der geschlechtsspezifischen Segmentierung der Berufs- und Arbeitswelt beschäftigen

Die vorliegenden Studien zur Berufswahl von Mädchen zentrieren meist auf die Mädchen. Ich habe dieser "Mädchenperspektive" eine "Institutionenperspektive" gegenübergestellt und nach dem Einfluss der Berufsberatung der Bundesagentur für Arbeit gefragt. Damit stellen sich die zentralen Fragen der Institutionentheorie: nach dem Einfluss politischer Institutionen, nach ihrer Eigenmächtigkeit und nach ihrer Einbindung in das lokale Umfeld. Durch eine Verknüpfung des Neuen Institutionalismus mit der Institutionentheorie, der feministischen Staatsanalyse und dem Theorem der sozialen Konstruktion von Geschlecht entwickle ich einen Ansatz, mit dem die Leitideen politischer Institutionen aufgespürt werden können und entschlüsselt damit das "doing gender" der Berufsberatung der Bundesagentur für Arbeit.

Verstärkt die Berufsberatung die Geschlechtersegmentation oder wirkt sie ihr entgegen? Warum gewinnen manche Ämter mehr Mädchen für einen geschlechtstypischen Beruf als andere, obwohl sie

doch alle den gleichen Anweisungen der Nürnberger Hauptstelle unterliegen?

Das Ergebnis meiner u.a. empirischen Untersuchungen ist, dass in den Strukturen und Verfahrensweisen der Bundesagentur das Geschlechterleitbild der Differenz eingeschrieben ist, demnach Männer und Frauen in der Gesellschaft unterschiedliche Aufgaben zu erfüllen haben. Dies führt dazu, dass die Bundesagentur – unabhängig von den Haltungen und Meinungen des Personals und auch unabhängig von den politischen Vorgaben der jeweiligen Bundesregierungen – zur Geschlechtersegmentation am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt beiträgt. Zur Kontroverse, ob politische Institutionen "actors in their own right" seien, lässt sich hinsichtlich der Berufsberatung festhalten, dass sie eine verselbstständigte Organisation ist.

Ihre zentralen Steuerungsmittel sind Symbole, wie z.B. die Aufladung von Berufsbeschreibungen mit geschlechtsspezifischen Konnotationen. Hinzu kommt die Monopolisierung des Wissens der MitarbeiterInnen durch die Aus- und Fortbildung in Eigenregie. Männerbünde dagegen habe ich nicht vorgefunden und auch keine Advocacy-Koalitionen – weder für noch gegen eine auf berufliche Gleichstellung gerichtete Mädchenpolitik. Allerdings haben Beratungsfachkräfte sehr viele Kontakte, u.a. zu Schulen und Betrieben. Dem monopolisierten Fachwissen steht das so gewonnene Erfahrungswissen gegenüber.

Mädchenfreundliche Berufsberatungen zeichnen sich dadurch aus, dass deren MitarbeiterInnen mehr Kontakte zu Betrieben haben als andere und die gewonnenen Eindrücke intensiv untereinander austauschen. Das Buch enthält eine Menge an Hinweisen, was die Berufsberatung besser machen könnte.

Zudem erläutere ich in dem Buch umfassend die Funktionsweise der Berufsberatung und stelle in einem gesonderten Kapitel die gegenwärtigen Rahmenbedingungen für Gleichstellungspolitik dar: Geschlechterpolitik in der Bundesrepublik, frauenpolitische Positionen der Parteien, perspektivische Erwerbs- und Arbeitsmarktchancen von Frauen, Berufswahl-

theorien und die Eigenart von Frauen- und Männerberufen.

PD Dr. Helga Ostendorf ist zurzeit Privatdozentin am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin.

Selbstbestimmung für Mädchen. Theorie und Praxis feministischer Pädagogik (Autorin: Ulrike Graff)

Von Anita Heiliger

Ulrike Graff möchte mit ihrer Studie empirisch fundierte Ergebnisse für die Weiterentwicklung feministischer Mädchenpädagogik liefern. Sie geht grundsätzlich davon aus, dass, solange männliche Dominanz in der Gesellschaft nicht grundlegend infrage gestellt ist, Koedukation Mädchen benachteiligt und Jungen fördert, Mädchenförderung von daher unumgänglich ist und sich in der Moderne keineswegs überlebt hat.

Ulrike Graff untersucht den Mädchentreff Bielefeld, den sie Mitte der 80er Jahre selbst gegründet hatte. Sie setzt sich dabei kritisch mit ihrer Rolle als in Praxis involvierter Forscherin auseinander und betont hier die Selbstreflexion als Bedingung dafür, gültige Ergebnisse zu erzielen, nicht nur eigene Erwartungen nach Bestätigung der selbst initiierten Praxis zu erfüllen.

Mit ihrem Thema: Selbstbestimmung für Mädchen greift sie den Kernaspekt feministischer Arbeit auf, die Anpassung/Orientierung an männlichen Maßstäben im Gleichberechtigungs- und Gleichstellungskonzept ablehnt und nur in der Förderung von Selbstbestimmung die Möglichkeit sieht, Mädchen und Frauen aus Zurichtungen hinsichtlich funktionaler Weiblichkeit zu befreien. Ulrike Graff leitet die Bedeutung von Selbstbestimmung aus der Theorie des Feminismus und der Analyse der patriarchalen Struktur der Gesellschaft her, die Selbstbestimmung für Frauen im Prinzip verweigert, Frauen eher instrumentell denkt, funktional nutzt, zwar Rechte im modernen Konzept einräumt, jedoch gleiche Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern ausschließt. In ihrer Untersuchung überprüfte sie, ob das für feministische Mädchenarbeit zent-

rale Ziel der Selbstbestimmung im Mädchentreff Bielefeld aus der Sicht der Pädagoginnen und der Mädchen tatsächlich erreicht wird. Sie definiert das Ziel des Projektes, dessen Besucherinnen sie interviewte, folgendermaßen: „Der Mädchentreff will... ein Freiraum für Mädchen sein, den sie selbst gestalten, wo sie mit ihren Fähigkeiten und Vorlieben im Mittelpunkt stehen. Sie sollen selbst, ohne direkten männlichen Einfluss entscheiden können, was sie machen, wer und wie sie sein wollen. Damit soll ein Prozess von Selbstbestimmung unterstützt werden, der über die Einschränkungen traditioneller Rollenzuschreibungen hinausgehen kann“ (S. 13).

Ulrike Graff fand heraus, dass das Zusammensein mit den Mädchen das wichtigste Motiv für den Besuch des Mädchentreffs und für die Mädchen auch die wichtigste Erfahrung ist. gerade dies aber trifft noch immer auf Vorbehalte und Abwertung. Die Mädchen müssen sich gegenüber ihrem Umfeld oft rechtfertigen, warum sie da hingehen, warum sie „das nötig haben“ und es wird fast stereotyp infrage gestellt, dass Mädchen untereinander interessante Dinge erleben können. Genau diese Haltungen und Einstellungen sind Ausdruck der patriarchalen Struktur, die Zusammenhänge unter Frauen stört, solche unter Männern dagegen kulturell verankert und Belege für die Notwendigkeit, ja - nicht zu glauben - immer noch subversive Bedeutung von Freiräumen für Mädchen.

Die parteiliche Haltung, mit der die Pädagoginnen den Mädchen begegnen, die Hilfestellung, die die Mädchen bei Bedarf erhalten und ein offenes, nicht verpflichtendes Angebot spielt eine weitere bedeutende Rolle für die Motivation, das Mädchenprojekt aufzusuchen: „... (es) wird deutlich, dass die Mädchen es als besonders und ungewöhnlich zu schätzen wissen, wenn ihnen mit einer Haltung begegnet wird, die das aufnimmt und ernst nimmt, was sie mitbringen und ihnen dafür Entfaltungsmöglichkeiten bietet. Offene Mädchenarbeit als mädchenbezogene Geselligkeit und Kultur ist neu: Mädchen haben Raum, sich zu treffen, ohne etwas lernen zu müssen, ohne sich mit Problemen beschäftigen zu müssen und sie kön-

nen kommen und gehen, wann sie wollen“ (S. 164).

Der Pädagogin kommt hier eine entscheidende Rolle zu. Deren Erwartungen nehmen die Mädchen sehr genau wahr und checken, was sie ihrerseits von ihr erwarten können. Sie achten sehr genau darauf, dass die Pädagoginnen keine Eingriffe in ihre Selbstbestimmung vornehmen. Sie akzeptieren die hierarchische Position der Pädagogin, erwarten aber eine Offenlegung von Regeln und Machtbefugnissen und die Möglichkeit einer Auseinandersetzung hierüber. Als wesentliches Ergebnis ihrer Studie formuliert Graff, „dass die Mädchen sagen, sie fühlen sich im Mädchentreff so akzeptiert, wie sie sind. Dieses Akzeptieren geht für sie darüber hinaus, was sie in Schule oder Freizeit erleben: Sie fühlen sich ernst genommen, sowohl mit ihren Bedürfnissen nach ‚Abhängen, Spaß, Rumflippen‘, als auch mit Anliegen und Problemen, die sie außerhalb des Mädchentreffs haben. Dabei ist entscheidend, nicht danach beurteilt zu werden, was ein richtiges Mädchen macht. In der Anerkennung der Vorlieben und Neugierden müssen sie nicht mit Jungen konkurrieren“ (S. 214).

Das Buch ist ein wichtiges Dokument zur Geschichte und gegenwärtigen Praxis feministischer Mädchenarbeit. Es ist allen zu empfehlen, die der Rede von der bereits erreichten Gleichberechtigung zum Opfer gefallen sind und ebenso denjenigen, die nach einer Bestätigung und Weiterentwicklung ihrer parteilichen Arbeit für Mädchen in Zeiten des Gender Mainstreaming suchen

Kofra-Zeitschrift für Feminismus und Arbeit, Ausgaben ab 1991:

Nr. 50/91 Feministische Mädchenpolitik .
Nr.51/91 Rassismus von Frauen. **Nr.52/91** Autonomie. **Nr.53/91** Prostitution als Beruf
Nr.54/91 Rückschlag oder Zunder für die Frauenbewegung - Zur Vereinigung Deutschlands aus der Sicht der autonomen Frauenbewegung. **Nr. 55/91** Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. **Nr. 56/92** Glück in Frauenprojekten? **Nr. 57/92** Zur Akzeptanz der lesbischen Lebensweise. **Nr. 58/92** Gewalt hat ein Geschlecht. **Nr. 59/92** Beiträge zu Rechtsradikalismus und Rassismus, **Nr.60/92** Lesben und heterosexuelle Frauen - Was uns trennt und was uns verbinden könnte, **Nr. 61/92** Entpolitisierung durch Identitätspolitik? **Nr.62/93** Sexueller Missbrauch von Kindern - Kinderschutz oder Täterschutz? **Nr. 63/93** Frauenhandel - Heiratshandel - Prostitutionstourismus, **Nr. 64/93** Gynäkologie unter feministischen Aspekten, **Nr. 65/93** Erzwungenes gemeinsames Sorgerecht nach Scheidung: Rückschritt zu patriarchaler Bestimmungsmacht über Frauen und Kinder?, **Nr. 66/93** Frauenstreik, **Nr.67/94** Zur Kopftuchdiskussion, **Nr. 68/94** Feminismus gegen Rechtsextremismus - Rechtsextreme Tendenzen bei Mädchen und jungen Frauen und antirassistisches Potential feministischer Mädchenarbeit, **Nr. 69/94** Sag ich's oder sag ich's nicht? Eine Befragung erwerbstätiger lesbischer Frauen über "offen" bzw. "nicht offen" leben, **Nr. 70/94** Institutionalisierte Frauenpolitik am Ende?, **Nr. 71/95** Zehn Jahre 6. Jugendbericht: Was hat sich für Mädchen verändert? **Nr. 72/95** Die verhinderte Frau. Zur gesellschaftlichen Lage von Frauen mit Körper-Behinderungen. **Nr. 73/95** Vergewaltigung in der Ehe. Zur Diskussion um die Reform des § 177, **Nr. 74/95** Sexuelle Gewalt: männliche Sozialisation und potentielle Täterschaft, **Nr. 75/95** Frauenfeindliche Rechtspraxis bei sexueller Gewalt. **Nr. 76/95** Pornographie: - Konsum über Computernetze - aus der Sicht von Frauen, **Nr. 77/96** "Männer kriegt den Hintern hoch" - eine kritische Betrachtung der Männerbewegung. **Nr. 78/96**, 13 Jahre autonome Projektarbeit. **Nr. 79/96** Eigenständige berufliche Existenz. **Nr. 80/96** Die patriarchale Kultur: zu Struktur, Entstehung und Abbau. **Nr. 81/96**

Von der Emanzipation zum Management - Unternehmenspolitik in Frauenprojekten. **Nr. 82/97** Kindesmisshandlungen im Internet / Männergewalt macht keine Männer. **Nr. 83/84/97** Strategien gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis - Was tun mit Tätern? - Zur Wirkung von Therapie und sozialer Kontrolle, **Nr. 85/86/98** Männliche Gewalt gegen Mädchen und Frauen - Ist männliche Gewaltbereitschaft "natürlich"? - Auswirkungen sexueller Gewalt auf die Körper- und Bewegungsentwicklung von Mädchen und Frauen, **Nr. 87/98** Gewalt gegen Mädchen und Frauen im Sport. **Nr. 88/99** Männer gegen Männergewalt - Auf der Suche nach einer profeministischen Männerbewegung, **Nr. 89/99** Gewalt gegen Frauen im Krieg, **Nr. 90/99** Aktiv gegen Männergewalt. Konzept und Ergebnisse der Münchner Kampagne, **Nr. 91/00** Zur Therapie von Sexualstraftätern, **Nr. 92/00** Frauen und Militär, **Nr. 93/00** Zwischen Täterschutz, Ohnmacht und Parteilichkeit, **Nr. 94/01** Täterstrategien bei sexuellem Missbrauch und Ansätze der Prävention, **Nr. 95/01** Feministisches Handeln gegen Gewalt, **Nr. 96/02** Jungenarbeit als Männlichkeitskritik, **Nr. 97/02** Mädchen im öffentlichen (Frei-)Raum – aktiv und kreativ, **Nr. 98/02** Arbeitsverhältnisse im Kontext von „Diaspora, Exil, Migration“, **Nr. 99/02** Gender Mainstreaming: Sieg oder Ende der Mädchen- und Frauenpolitik? **Nr. 100/02** Chancen und Grenzen von Opfer- und Täterprävention, **Nr. 101/03** Handeln gegen alltägliche Gewalt gegen Frauen in der Schule, **Nr. 102/03** Anzeigepflicht bei sexuellem Missbrauch? **Nr. 103/03** Zu den Folgen der Globalisierung für Frauen, **Nr. 104/03** Von Mobbing und anderen Ausschlussstrukturen in feministischen Kontexten, **Nr. 105/03** Gewaltprävention und Männlichkeit in der Schule, **Nr. 106/03** Autonome Frauenräume. Reflexionen zu zwanzig Jahren Kofra, **Nr. 107/04** Transgender und Feminismus, **Nr. 108/04** Zur Kopftuchdiskussion, **Nr. 109/04** Krieg und Geschlechterverhältnisse, **Nr. 110/04** Widerstand für Frauenrechte und Frauenwürde, **Nr. 111/04** Hartz IV und die Auswirkungen auf Frauen, **Nr. 112/05** Menschenrechte – Frauenrechte, **Nr.113/05** Die Rückkehr des Dienstmädchens, **Nr. 114/05** Quotierung ist verfassungsgemäß, **Nr. 115/05** Altersbilder von Lesben

Kofra

Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation e.V.